

Internationale  
Beilage  
der Tageszeitung  
April 2011

# LE MONDE

## diplomatique

### Arabischer Frühling

Hauptgegner der arabischen Demokratie sind die mächtigen Oligarchen. Samir Aita fordert Freiheit für die Staaten  
▶ S. 4

### Ölmagnat Gaddafi

Er war der Erste, der die Multis gegeneinander ausspielte. Jean-Pierre Sereni erzählt die Geschichte des libyschen Öls  
▶ S. 5

### Indisches AKW

Im Erdbebengebiet soll das weltgrößte AKW entstehen. Praful Bidwai berichtet von 3000 Sicherheitsmängeln  
▶ S. 9

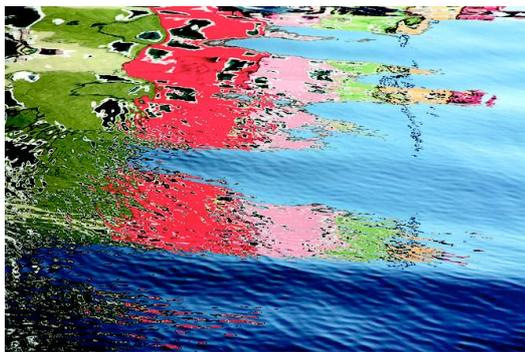
### Xinhua für Afrika

Chinesische Staatsmedien machen weltweit Nachrichten. Pierre Luther erklärt, wie das Gratisangebot funktioniert  
▶ S. 11

### Südamerikanische Einheit

Die regionale Integration ist noch ein fernes Ziel. Gerhard Dilger schildert die Fortschritte und Hindernisse auf dem Weg  
▶ S. 14/15

Jessica Backhaus



World #51, 2010, C-Print, 86 x 122 cm  
(zur Künstlerin siehe Seite 3)

## Geldspeicher China

von Martine Bulard

*Die chinesische Führung widersteht dem wachsenden Druck, den Yuan aufzuwerten – vielleicht nicht mehr lange.*

Schon vor dem Tsunami am 11. März hatte China Japan überholt und ist zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt aufgestiegen. Verkündet wurde diese Nachricht Anfang Februar 2011 in Tokio – und nicht in Peking. Die chinesischen Machthaber, sonst nicht für ihre Bescheidenheit bekannt, verzichten auf lautstarke Triumph, weil das Reich der Mitte sich seinen Doppelstatus als Entwicklungsland und aufsteigende Supermacht erhalten will. So kann es vor allem in den internationalen Institutionen je nach Situation mal die eine und mal die andere Karte ausspielen.

Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 5880 Milliarden Dollar liegt China immer noch weit hinter den Vereinigten Staaten, die zweieinhalbmal so viel Waren und Dienstleistungen produzieren (14.600 Milliarden Dollar). Das chinesische BIP pro Kopf beträgt allerdings nur 7.400 Dollar<sup>1</sup>, ein Fünftel des japanischen, und liegt damit sogar noch deutlich unter dem von Tunesien. Dennoch verfügt China mit seinen 2.800 Milliarden Dollar Devisenreserven, seinem Anteil von knapp 14 Prozent an der weltweiten Produktion – 1990 waren es gerade einmal 3 Prozent – und seinem Anteil von 10 Prozent am gesamten Welthandel über ein erhebliches finanzielles und industrielles Potenzial.<sup>2</sup> Bei den Militärausgaben nimmt China den dritten Platz ein.

Lange Zeit sahen die USA im Reich der Mitte nur die „Werkbank der Welt“ – nützlich, um die amerikanischen Löhne zu senken und die Profite zu steigern. Heute stehen sie einem politischen und wirtschaftlichen Konkurrenten gegen-

über. Der Honeymoon, der am 21. Februar 1972 mit dem Pekingbesuch von Richard Nixon begonnen hatte, geht zu Ende. Nach vierzigjähriger „Freundschaft“ lässt sich China nichts mehr vormachen. „Das Risiko ist groß, dass sich die USA in Asien wieder weniger chinafreundlich engagieren“, hieß es im November letzten Jahres in der *Financial Times*. Man müsse „kein paranoider Verschwörungstheoretiker sein, um zu vermuten, dass die USA versuchen, Asien gegen China aufzuheizen.“

Die Zeitung verweist auf eine Erklärung von Hillary Clinton in Phnom Penh, wo die US-Außenministerin Kambodscha empfahl, „darauf zu achten, dass die Abhängigkeit von China nicht zu groß wird“. Daraufhin fragte der chinesische Außenminister: „Können Sie sich vorstellen, dass China Mexiko rät, darauf zu achten, dass die Abhängigkeit von den USA nicht zu groß wird?“<sup>3</sup>

### Weit entfernt von Chinamerika

Im November 2010 unternahm US-Präsident Obama eine Asienreise. Er besuchte Japan, dessen Beziehungen zu China gespannt sind, Südkorea, das im Konflikt mit dem chinesischen Verbündeten Nordkorea liegt, Indonesien, das die für den Welthandel wichtige Straße von Malakka kontrolliert, und Indien, wo es ebenfalls starke Spannungen mit China gibt. Zuvor war Hillary Clinton in Kambodscha, Malaysia, Vietnam und Australien gewesen, wo Militärabkommen unterzeichnet (oder ergänzt) wurden. Und schließlich fanden im November und Dezember 2010 amerikanisch-südkoreanische Militärmanöver vor der chinesischen Küste statt.

Washington will in der Region, in der China an Einfluss gewonnen hat, wieder stärker zum Zuge kommen. Das allein reicht, um die chinesische Pa-

ranzoia zu nähren und den asiatischen Riesen dazu zu bringen, seine Muskeln spielen zu lassen. Wir sind weit entfernt von einem Chinamerika, das angeblich den Beginn des 21. Jahrhunderts kennzeichnen sollte. Es herrscht weder herzliches Einverständnis noch offene Konfrontation. Jeder besteht darauf, seinen Weg zu gehen. Trotz unterschiedlicher Interessen entwickelt sich dabei die wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter.

Während Obama gegenüber Präsident Hu Jintao den chinesischen Handelsbilanzüberschuss kritisierte, kündigte General Electric am 18. Januar 2011 ein Abkommen mit China über gemeinsame Produktion und Technologietransfer an. Es soll dazu beitragen, den innerchinesischen Bedarf zu decken, aber auch dem Reexport dienen.

Die Hälfte der chinesischen Exporte werden von Firmen abgewickelt, die nicht in chinesischem Besitz sind. Diesen Unternehmen käme eine Aufwertung des Yuan vermutlich nicht gelegen, weil sie ihre Exporte verteuern würde. Aber die US-Geschäftswelt weiß ihre Interessen zu wahren – im Januar hat der bisherige Chef von General Electric, Jeffrey Immelt, den Vorsitz des wirtschaftlichen Beratungsgremiums des US-Präsidenten übernommen. Die chinesischen Geschäftsleute können also ruhig schlafen.

Hu Jintao erlaubt sich sogar, die USA zu mehr Exporten in sein Land aufzufordern. Zur Bekräftigung erklärte der chinesische Außenminister: „Die Hauptursache für das US-Defizit besteht weniger im starken Yuan als vielmehr in den Exportbeschränkungen für China.“<sup>4</sup> Nur 7 Prozent der chinesischen Importe von Spitzenprodukten kommen aus den USA. Seit der Niederschlagung der Proteste auf dem Tiananmenplatz 1989 haben die USA und Euro-

▶ Fortsetzung auf Seite 10

## Gummiarabikum

Unbekannt und unentbehrlich

von Guillaume Pitron

New York, im Herzen Manhattans: An der Ecke Hanover Square und Pearl Street steht das India House, einst ein Bank- und Handelshaus, heute ein exklusiver Club für Geschäftsleute. Die Räume im ersten Stock, in denen früher Importwaren aus Indien gehandelt wurden, hat man zu einem eleganten Restaurant umgewandelt. Es herrscht gedämpftes Licht, die Gespräche plätschern leise dahin. Doch der Geist der Kolonialwarenhändler spukt immer noch durch das Haus, erst recht in dem aus Edelhölz gefertigten Kuriositätenkabinett. Die dreißig Schubladen des Schränkchens sind mit all den Rohstoffen vollgestopft, die für die amerikanische Wirtschaft unabdingbar sind. Im elften, den Harzen gewidmeten Fach liegt ein Häufchen Körner mit der Aufschrift „Gummiarabikum“.

Ein paar hundert Meter entfernt befindet sich an der Ecke zur 14th Street unter der Adresse 4 Union Square South ein Supermarkt der Biokette Whole Food. Ohne sich dessen bewusst zu sein, legen die Kunden dort ständig mehr oder weniger winzige Mengen von dem Akazienharz – einem natürlichen, mit Glykoprotein gemischtem Mehrfachzucker – in ihre Einkaufskörbe.

Und ohne diesen Emulgator, auch bekannt unter der Abkürzung E 414, „würde sich der schwarze Farbstoff der Coca-Cola an der Flaschenwand absetzen“, erklärt Frederic Alland, Leiter der Firma Alland & Robert, die Harze importiert und verarbeitet. „Wir könnten keine kohlenstoffhaltigen Getränke mehr trinken“, keine Süßigkeiten oder Pillen mehr zu uns nehmen, deren Überzug das Harz zusammenhält, keine Joghurts, die der Emulgator cremig macht, keinen Wein, dessen Gerbstoffe er abbildert, und keine Zeitungen drucken, deren Druckerschwarze ebenfalls mit Gummiarabikum fixiert wird. „Die meisten Menschen auf der Welt ver-

brauchen täglich Gummiarabikum“, sagt der sudanese Professor Hassan Abdel Nour. Ganze Branchen wie Pharmazie und Kosmetik, Hersteller von Nahrungsmitteln und aromatischen Getränken, Textil-, Druck- und Spitzenindustrie sind von diesem himmlischen Manna abhängig. Der Bibel und dem Koran zufolge ernährte es das in der Wüste Sinai umherirrende Volk Israel, und die Ägypter benutzen es schon vor 4500 Jahren, um die Bandagen ihrer Mumien zusammenzukleben.

Die Quelle dieses Rindensafts ist der „Gummiarabikum-Gürtel“ aus Verrek- und Seyal-Akazien, der sich zwischen Sahara und tropischem Regenwald von Senegal bis nach Somalia erstreckt. Inzwischen haben sich zwar auch Tschad und Nigeria als internationale Großproduzenten hervorgetan, doch der wichtigste Hersteller ist nach wie vor der Sudan. Er liefert die Hälfte der weltweit produzierten Menge, noch dazu die beste Qualität namens Hachab, und stellt damit eine unersetzliche Rohstoffquelle für den Westen dar. Selbst als Washington im Jahr 1997 ein striktes Handelsembargo gegen den Sudan verhängte, ging der Handel mit dem Exsudat zwischen den Ufern des Roten Meers und den Küsten der USA ohne Wissen der amerikanischen Verbraucher weiter.

„Je mehr Handelsanktionen uns die USA auferlegen, desto mehr Gummiarabikum exportieren wir dorthin“, meint der sudanese Geschäftsmann Isam Siddig. Der Grund ist einfach: Das Naturharz ist unverzichtbar für die Herstellung von Limonaden und Coca-Cola, dem Symbol des amerikanischen Kapitalismus schlechthin. „Wir haben moralische Grundsätze, aber nehmt uns bitte nicht unsere Coca-Cola weg!“, fasst ein amerikanischer Sudan-Experte das Dilemma zusammen.

▶ Fortsetzung auf Seite 20

## Vermeer

### IN MÜNCHEN

König Max I. Joseph von Bayern  
als Sammler Alter Meister

17.03. – 19.06.2011

Alte Pinakothek  
Kunstareal München

175  
VERMEER  
ALTE PINAKOTHEK

ANZEIGE



One Day in August, 2004, C-Print, 56 x 42,3 cm

### Jessica Backhaus

Die Fotografin interessiert sich vor allem für das Alltägliche. Sie benutzt kein künstliches Licht, sie inszeniert nichts, und ihre Fotografien werden auch nicht am Computer bearbeitet. Ihre Arbeiten fangen einen Moment ein, manche sind lakonisch, andere wiederum sehr lyrisch. Dabei ist sie stets auf der Suche nach dem Schönen. Ihre Interieurs, viele davon in Netno, Polen, aufgenommen, lassen sich auch als Porträts der Bewohner lesen. Neuerdings werden ihre Arbeiten abstrakter. Die Serie „I Wanted To See The World“ – Spiegelungen auf der Wasseroberfläche – erinnert an den Impressionismus und mutet teilweise wie abstrakte Malerei an: sicher das interessanteste Experiment in ihrem Werk.

Jessica Backhaus, in Cuxhaven geboren, hat lange in Paris und New York gelebt und wohnt und arbeitet jetzt in Berlin. Bis zum 21. Mai sind ihre Arbeiten im Berliner Schauraum der Robert Morat Galerie zu sehen, und vom 13. Mai bis zum 25. Juni zeigt die Robert Morat Galerie in Hamburg ihre Werke.

www.robertmorat.de, www.jessicabackhaus.net

Wilhelm Werthern

## Gescheiterter Staat mit intaktem Kaiser

Im Katastrophenfall hält sich Japan an seinem Monarchen fest

von Harry Harootunian

**K**atastrophale Naturereignisse wie Dürren, Epidemien, Vulkanausbrüche, Kometen, Erdbeben, aber auch das Auftauchen ausländischer Mächte wertete man in Japan in vergangenen Zeiten als untrügliche Anzeichen für das moralische Versagen der eigenen Staatsführung. Weil die gesellschaftliche Ordnung auf einer engen Verbundenheit mit der Natur beruhte, sich dieser also anverwandeln musste, wurde jede Abweichung vom normalen Gang der Dinge, zumal in Gestalt einer Naturkatastrophe, als mahrender Hinweis auf ein moralisches Versagen interpretiert. Und als Vorbote eines noch größeren Unheils, das zum Zusammenbruch des politischen Regimes führen würde.

Auf diese traditionelle politische Weisheit bezog sich jene ältere Dame aus Tokio, die in der *New York Times* vom 20. März mit dem Satz zitiert wurde: „Wenn die Führung eines Landes schlecht ist, gibt es eben Naturkatastrophen.“<sup>1</sup> Der Gouverneur von Tokio ließ sich durch das Beben vom 11. März und seine Folgen zu einem verbalen Ausbruch inspirieren: Dies alles, sagte Ishihara Shintaro, sei „die Rache des Himmels“ (*tenbatsu*) für die verbreitete Selbstsucht, den herrschenden „Materialismus“ und den „Kult des Geldes“. Deshalb solle man das Beben und den Tsunami dazu „nutzen“, den hedonistischen Lebensstil „hinwegzuspülen“ und die Japaner wieder auf den rechten Weg zu bringen.

Es sei daran erinnert, dass Kaiser Hirohito 1946 seinen Kopf zu retten versuchte, indem er den Krieg auf die moralische Verlotterung des Volkes zurückführte, das sich von Materialismus und Konsumdenken habe verföhren lassen. Die Kritik des Gouverneurs von Tokio war der nicht minder opportunistische Versuch, vor den Wahlen politische Verantwortung abzuwälzen. Denn wenn der Tsunami etwas „hinweggespült“ hat, dann nicht die moralische Verwahrlosung der Japaner, sondern die Lebensgrundlage zahlloser Menschen, die ihr Zuhause verloren haben.

Zugleich hat die Katastrophe ein ungeheures kollektives Trauma hinterlassen – was das instinktive Gerede des Gouverneurs nur noch obszöner macht. Unmittelbar nach dem Erdbeben wurde rasch klar, dass es jenseits der schba-

ren und noch gar nicht genau erfassten Zerstörungen, der noch ungezählten Toten und der über 400000 Obdachlosen die noch viel schlimmere Bedrohung durch die Nuklearanlage in Fukushima gibt. Niemand weiß, was die Ereignisse dort für die fernere Zukunft genau bedeuten werden.

### Das Volk ist selbst schuld

Der Chef der Tokyo Electric Power Company (Tepeco) brach in einer Fernsehsendung vor der ganzen Nation in Tränen aus, als er sich tausendmal für die „Unannehmlichkeiten“ entschuldigte, die das Unglück für die Menschen gebracht hatte. Zugleich räumte er ungewollt ein, dass er und seine Kollegen nicht genau wussten, was zu tun sei. Schon 2007 war bei einem Erdbeben von geringerer Stärke (6,8) im Westen Japans ein großer Atomreaktor des Unternehmens beschädigt worden und nur mit Glück einer Katastrophe entgangen, wobei die Sicherheitsstandards nicht für ein Erdbeben dieser Stärke ausgelegt waren.

Seitdem sind noch sehr viel mehr Fehler und Versäumnisse ans Licht gekommen. Vor allem konnte die Regierung die Bevölkerung nie genau informieren, weil sie selber nicht wusste, was in dem Reaktor vorgeht. Und die Unternehmensspitze brauchte viel zu lange, bis sie sich dazu durchrang, Maßnahmen zur Kühlung der Reaktorblöcke einzuleiten, weil sie die Anlagen nicht unbrauchbar machen wollte. Inzwischen musste Tepeco längst eingestehen, dass der ganze Komplex Fukushima nicht mehr zu retten ist.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Reaktorbetreiber auch für die gefährdeten Stromabschaltungen zuständig war. Das verweist auf die nie offenelegte Beziehung zwischen dem Staat und dem Unternehmen. Verbraucherschutzorganisationen hatte diese allzu enge Partnerschaft schon lange kritisiert. Beide Seiten haben nachweislich immer wieder auf fast kriminelle Weise nukleare Störfälle vertuscht und deren Gefährlichkeit heruntergespielt. Deshalb wächst jetzt auch das Misstrauen gegenüber offiziellen Beteuerungen, was die Sicherheit von Nahrungsmitteln betrifft. Zumal

noch niemand die Tatsache angesprochen hat, dass die betroffene Region ein wichtiger Reislieferant ist.

Die Unternehmensleitung von Tepeco ist seit langem für Inkompetenz und Vernachlässigung der arbeitsrechtlichen Vorschriften bekannt. Für Wartungsarbeiten wurden ungelernete Arbeiter angeheuert, die mit unzureichender Schutzkleidung ausgerüstet sind. Diese Arbeitskräfte sind inzwischen buchstäblich „aufgebraucht“, sodass für die aktuellen Einsätze in den verseuchten Reaktoren mittels hoher Prämien Freiwillige rekrutiert werden. Heute ist das Unternehmen praktisch bankrott, und es ist klar, dass es vom Staat gerettet und wahrscheinlich übernommen werden muss.

Die aktuelle Krise macht auf dramatische Weise deutlich, was es bedeutet, eine ganze Kette von Atomkraftwerken entlang einer erdbebengefährdeten Küste zu bauen, die auch noch besonders häufig von Tsunamis heimgesucht wird, wie es insbesondere für die Küste der Provinz Sanriku gilt. Das Beben und der Tsunami bedeuten einen vernichtenden Schlag für die Wirtschaft des Nordostens der Insel Honshu, die schon seit langem gegenüber den meisten anderen Landesteilen in Rückstand geraten war. Die Region war aus historischen Gründen bereits seit dem 19. Jahrhundert weniger entwickelt als andere; und das Konzept, die nukleare Energiegewinnung gerade in dieser Küstenregion zu konzentrieren, sollte gerade regionale Wachstumsimpulse setzen und die Abwanderung der Bevölkerung in die reicheren Ballungszentren des Südens verhindern.

Die betroffenen Bewohner des Krisengebiets vergleichen die zögerliche und unregelmäßige Hilfstätigkeit der Regierung mit der Situation nach dem Erdbeben von Kobe. 1995 dauerte es mehrere Tage, bis die staatlichen Stellen den Ernst der Lage auch nur eingestanden, und fast eine Woche, bis die ersten Hilfslieferungen eintrafen. Damals hatte die Regierung sogar Hilfe aus dem Ausland abgelehnt, die sie 16 Jahre später, wenn auch mit einiger Verzögerung, notgedrungen akzeptiert hat.

Seit den 1950er Jahren wurde den Japanern eine politische Ordnung aufgezungen, die Werte wie harte Arbeit und klaglose Aufopferung sowie konfor-

mistische Verhaltensweisen wie Standhaftigkeit, Loyalität und Unterordnung propagiert, was einerseits die passive Hinnahme einer autistischen Einparteiendemokratie begünstigt hat, andererseits aber auch ein gründliches Misstrauen gegenüber der politischen Führung.

In seiner Fernsehansprache rief Kaiser Akihito seine Landsleute dazu auf, Ruhe zu bewahren, und drückte die Hoffnung aus, dass sie zusammenstehen und sich gegenseitig helfen mögen. Und er erinnerte an die berühmte Rede seines Vaters, des Kaisers Hirohito, der am Tag der Kapitulation, am 15. August 1945, im Radio die Nation aufgefordert hatte, „das Unerträgliche zu ertragen“. Dieser Hinweis ist auch deshalb bemerkenswert, weil die Regierung bislang jeden Bezug auf Hiroshima und Nagasaki vermieden und nie an die Opfer radioaktiver Strahlung seit 1945 erinnert hat.

Obwohl Kaiser Akihito, anders als sein Vater, keinen göttlichen Status mehr beansprucht, hatte die Entscheidung, ihn im Fernsehen um Ruhe und Geduld bitten zu lassen, eine präzise Bedeutung. Sie sollte der Bevölkerung klarmachen, dass sie ruhig bleiben und weitere Opfer bringen müsse. Insofern unterstreicht der Rückgriff auf die kaiserliche Autorität das Motiv der „Rache des Himmels“, das der Gouverneur von Tokio angesprochen hatte.

### Kontinuität seit 1945

Dass Akihito derart instrumentalisiert werden konnte, belegt auf dramatische Weise, welch herausragende Bedeutung das Kaisertum für die japanische Gesellschaft hat – und wie unglücklich die Entscheidung der USA war, diese Institution nach 1945 am Leben zu halten – auch wenn die meisten Japaner das anders sehen.

Hier zeigt sich eine höchst widersprüchliche Einstellung: Einerseits wird das Kaisertum und dessen Anspruch auf nationale Repräsentation für unerheblich erklärt, andererseits aber werden der Status des Kaisers und seine Herrscherfunktion selbst zu Beginn des 21. Jahrhunderts in keiner Weise angezweifelt. Genau diesen Widerspruch nutzt die Regierung heute aus, um eine

politische Zerreißprobe abzuwenden. Selbst Japaner, für die der Monarch im täglichen Leben keinerlei Relevanz hat, verhalten sich noch immer, als verkörpere er das gemeinschaftliche Ganze.

Als Symbol und Titularoberhaupt ist er nach wie vor in der Lage, die Hinnahme der gegebenen politischen Konstellation zu erreichen. Was sich hier vollzieht, ist die Übertragung der Loyalitätsgefühle gegenüber der (ethnisch definierten) Gemeinschaft auf den Staat. So gesehen ermöglicht – und verkörpert – der Kaiser die Verschmelzung beider Bereiche im Bewusstsein der Bürger. Die sollen den Bereich des Sozialen, den eine ethnische Gruppe konstituiert, mit der politischen Form der Führung verwechseln, die man ihnen vorgesetzt hat. Diese falsche Identifizierung wird noch verstärkt durch das patriarchalische Prinzip – die Idee vom Kaiser als Vater seines Volkes.

Das offenkundige Versäumnis der Regierung, die Bevölkerung durch genaue Informationen und ausreichende Hilfe zu beruhigen, droht die bedacht-sam aufgebaute Identifikation von souveränem Volk und politischer Führung aufzusprengen. Und noch ein Faktor arbeitet gegen die politische Klasse: Die historische Tatsache, dass das Versagen in der aktuellen Krise nur das jüngste Beispiel für eine lange Geschichte politischer Unfähigkeit ist, lässt Zweifel wachsen, dass die noch viel schwierigere Aufgabe des Wiederaufbaus bewältigt werden wird. Die Hoffnung auf einen erfolgreichen Neubeginn, der an die Erfolge der Vergangenheit – wie den Wiederaufbau Tokios vor dem Zweiten Weltkrieg und die Neubegründung der Nation nach 1945 – anknüpfen könnte, ist allerdings hoffnungslos nostalgisch und verstellt nur die Sicht auf die Realität. Die alte Ideologie bietet für die Gesellschaft und ihre Regierung keinerlei Hoffnung, die jetzige Krise bewältigen und verhindern zu können, dass Japan zum gescheiterten Staat wird.

Aus dem Englischen von Niels Kadritzke

Harry Harootunian ist Professor an der Duke University, North Carolina, und an der Columbia University, New York. Autor (zusammen mit Tomiko Yoda) von „Japan After Japan: Social and Cultural Life from the Reactionary 1990s to the Present (Asia-Pacific)“. Durham (Duke University Press) 2006.

## Meldungen des Monats

### Schlechte Nachrichten

Ein neues Stadium hat die Einschränkung der Publikationsfreiheit in der Türkei erreicht. Auf Anordnung eines Staatsanwalts fahndet die Polizei seit dem 24. März nach einem unveröffentlichten Buchmanuskript des Journalisten Ahmet Sik, das die Beziehungen zwischen der türkischen Polizei und der islamischen, der AKP-Regierung nahestehenden Gülen-Bewegung behandelt. Durchsucht wurden der Verlag, das Büro von Siks Anwalt und die

## REPORTER OHNE GRENZEN

FÜR PRESSEFREIHEIT

Redaktion der Zeitung *Radikal*, wo der PC des Journalisten Ertugrul Mavioglu beschlagnahmt wurde. Nachdem die Aktion erfolglos blieb, erklärte die Polizei, wer eine Kopie des Skripts besitze und diese nicht den Behörden aushändige, werde nach dem Antiterrorismusgesetz Nr. 3713 verfolgt. Unter Berufung auf dieses und andere Gesetze hat sich auch die Verfolgung von kurdischen Journalisten und Autoren wieder erheblich verschärft. Allein im März wurden sechs Personen angeklagt, zuletzt der *Radikal*-Journalist Mavioglu, der ein Interview mit PKK-Chef Karayilan veröffentlicht hatte. Nach der gleichen Anklage wurde am 24. März Hakan Tahmaz, ein Journalist der Zeitung *Birgün*, zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Seit über einem Monat sitzt in **Simbabwe** ein Internetnutzer in Haft, weil er seine Meinung auf der Facebook-Seite von Ministerpräsident Morgan Tsvangirai geäußert hat. Vikas Mavhuzi hatte die Ereignisse in Ägypten als „nachahmenswert“ bezeichnet, weil sie den Diktatoren in aller Welt Angst machten. Ein Richter versagte Mavhuzi die Freilassung gegen Kautions, weil er eine „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ darstelle. In Simbabwe stehen insgesamt 45 Personen unter Anklage, weil sie Videos über die ägyptische Protestbewegung an einem öffentlichen Ort angesehen haben.

Nach einem Bericht der Nachrichten-Website *Lenta.ru* hat in **Russland** die Aufsichtsbehörde für Informationstechnologie und Massenmedien (Roskomnadzor) einen Wettbewerb für ein Softwareprogramm ausgeschrieben, das Online-Medien nach „extremistischen“ Inhalten durchsuchen kann. Die Programme sollen bis 15. August eingereicht und anschließend von der Behörde getestet werden. Aufgespürt werden sollen damit terroristische Aufrufe und Nazisymbole, aber auch Inhalte, die „der Einheit Russlands abträglich“ sind oder „sozialen Zwist“ anheizen könnten. Mithilfe eines solchen Programms könnte das Internet in Russland ebenso systematisch gefiltert werden wie schon heute in China.

### Gute Nachrichten

Die Oberste Staatsanwaltschaft der **Ukraine** hat offizielle Ermittlungen gegen den ehemaligen Staatspräsidenten Leonid Kutschma eröffnet, der seit langem im Verdacht steht, im Herbst 2000 die Ermordung des oppositionellen Journalisten Georgi Gongadze angeordnet zu haben. Am 22. März teilte Vizegeneralstaatsanwalt Renat Kusmin mit, man ermittle wegen „Amtsmisbrauchs“ und „illegaler Befehle“ an Mitarbeiter des Innenministeriums. Bis Abschluss der Untersuchung darf Kutschma die Ukraine nicht verlassen. Ob es zu einer Anklage gegen ihn kommt, ist allerdings völlig offen.

Besonderen Aufschwung erfahren diese Geschäfte mit Einführung der Mobilfunknetze am Ende der 1990er Jahre. Die neue Technologie versprach erhebliche Profite, zumal am Anfang, als die Kunden vorwiegend aus wohlhabenden Kreisen kamen und hohe Preise zahlen konnten. Damals kam es hinter verschlossenen Türen zu dramatischen Auseinandersetzungen – in wech-



Jessica Backhaus, *A Single Moment*, 2004, C-Print, 25,4 x 33 cm

# Freiheit für den Staat

Hauptgegner der arabischen Demokratie sind die Oligarchen

von Samir Aita

Der „arabische Frühling“ hat Wurzeln, die tiefer reichen als das Verlangen nach bürgerlicher Freiheit und nach Demokratie. Die Revolten haben erstaunliche Lösungen hervorgebracht: „Ja zum Staat – Nein zur Staatsmacht“ oder „Ja zur Sicherheit – Nein zum Sicherheitsdienst“. Die Protestierenden haben genau begriffen, was seit den 1970er Jahren den „arabischen Sonderweg“ ausmachte: In diesem Teil der Welt sind die Monarchien absolut und die Republiken durch Präsidenten auf Lebenszeit (oder gar durch Familiendynastien) okkupiert, also durch „Machthaber“, die sich über die im Unabhängigkeitskampf errungenen staatlichen Institutionen gestellt und sich die für ihren Machterhalt nötigen Instrumente geschaffen haben.<sup>1</sup>

Welches sind die Instrumente, und wie konnten sich diese Regime so lange halten? Zweifellos spielten die Geheimdienste eine entscheidende Rolle: Sie unterstanden allein den Herrschern und waren der Kontrolle durch das Parlament oder die Regierung völlig entzogen. Mitglieder der Geheimdienste konnten häufig auch Minister zu rechtswidrigen oder ihnen Entscheidungen aufzwingen. Diese krakenartigen Dienste kosteten allerdings viel Geld – ebenso wie die Vettermwirtschaft innerhalb der Einheitsparteien und ihrer Bündnispartner. Und im Unterschied zu den Ausgaben für Polizei und Militär tauchten die realen Ausgaben für diese Dienste im Staatshaushalt gar nicht auf.

Anfangs stammten die Mittel für diese geheimen Etats aus den Öleinnahmen. Nach dem „Ölschock“ von 1973 war der Rohölpreis extrem angestiegen. Ein Teil der anfallenden Gewinne floss mit Wissen der Ölmultis am Staat vorbei direkt in die Taschen der Herrscherfamilien – der königlichen wie der „republikanischen“. Aber die Machthaber hatten noch weitere Einnahmequellen. Zum Beispiel die Provisionen für die Vergabe großer öffentlicher Aufträge (zivil wie militärischer), die allerdings im Zuge der Haushaltskürzungen (Stichwort „Struktur Anpassung“) immer bescheidener ausfielen, oder auch Nebengewinne bei der Privatisierung von Staatsbetrieben oder bei Partnerschaften der öffentlichen Hand mit Privatfirmen.<sup>2</sup>

Besonderen Aufschwung erfahren diese Geschäfte mit Einführung der Mobilfunknetze am Ende der 1990er Jahre. Die neue Technologie versprach erhebliche Profite, zumal am Anfang, als die Kunden vorwiegend aus wohlhabenden Kreisen kamen und hohe Preise zahlen konnten. Damals kam es hinter verschlossenen Türen zu dramatischen Auseinandersetzungen – in wech-

den Konstellationen – zwischen den internationalen Betreiberfirmen, den einflussreichsten nationalen Unternehmern und den Machthabern. Ein klassisches Beispiel war der Kampf um den Netzbetreiber Djezzy zwischen der ägyptischen Orascom und den algerischen Militärmachthabern; ebenso der Prozess, den die Orascom in Syrien um ihre Anteile an der Mobilfunkfirma Syriatel führte (und verlor). Aus diesem Kampf um die Handynetze gingen die ersten arabischen „Multis“ hervor: die ägyptische Orascom und die libanesische Investcom.

Die Globalisierung der arabischen Märkte und die Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) – und auch die Programme der Europäischen Kommission für den Mittelmeerraum – haben den Zugriff der jeweiligen Machthaber auf die Wirtschaft entscheidend gefördert. Die arabische Finanzkrise<sup>3</sup> von 1986 hat diesen Trend noch verstärkt. Mit dem Rückgang der staatlichen Investitionen schrumpfte der wirtschaftspolitische Spielraum der Regierungen. Da zugleich die großen multinationalen Unternehmen in vielen Branchen – wie der Zementindustrie oder Energieversorgung – Monopole oder Oligopole etabliert hatten, konnten sie mit der Staatsführung eine Aufteilung der Gewinne aushandeln. In den Führungsetagen der internationalen Konzerne wusste man immer genau, wo die wirklichen Entscheidungsträger sitzen und welche Partner sich für Investitionen anbieten: die Familien Traboulsi und al-Matteri in Tunesien, die Clans der Sawiris<sup>4</sup> und der Ezz in Ägypten und der Makhlof in Syrien oder die Hariri-Familie im Libanon. Sie alle stammen aus dem Clan oder dem Dunstkreis der jeweiligen Machthaber.

Als Nächstes folgte das große Geschäft mit Immobilien. Es begann mit dem grandios inszenierten „Wunder von Dubai“, gefolgt von spektakulären Bauvorhaben in anderen arabischen Staaten. Sie alle boten den Machthabern die Chance, die Verquickung öffentlicher und privater Funktionen und Interessen zu vertuschen. Die konfiszierten einfach Grund und Boden in angeblich „öffentlichem Interesse“ und boten sie potenziellen Bauherren zu attraktiven Preisen an. Die historischen Stadtzentren wurden systematisch vernachlässigt, um ausländische Investoren anzulocken, die alte *riads*, eine traditionelle Stadthäuser, einer Luxusrenovierung im „orientalischen Stil“ unterzogen. Mit dem Resultat, dass die Immobilienpreise auf das Niveau von Tokio, Paris und London stiegen.

Das Schmiermittel lieferten die Banken. Über sie wurden die schmutzigen Gelder der Mächteligen gewaschen und über den Handels- und Im-

mobilienmarkt in den Wirtschaftskreislauf zurückgeleitet. Damit konnten die Machthaber auch die lokalen Unternehmer, die auf günstige Bankkredite angewiesen waren, an sich binden.<sup>5</sup>

Aber diese rasante wirtschaftliche Entwicklung hatte ihren Preis: Sie schwächte den Staat und die öffentliche Hand. Die Minister wurden von den obersten Machthabern kooptiert, im günstigsten Fall beriefen sie Technokraten, die Erfahrung aus internationalen Institutionen – vorzugsweise der Weltbank – mitbrachten. Solchen Ministern ging nicht nur die demokratische Legitimation ab, sie hatten auch kein Programm. Der Staat reduzierte sich auf die Bürokratie. Sogar die Armee verlor an Einfluss, weil die Machthaber ihre Herrschaft mittels hochgerüsteter Prätorianergarden absicherten.<sup>6</sup>

## Die Hariri im Libanon, die Sawiris in Ägypten

Das alles hatte am Ende nichts mehr mit dem Regierungssystem zu tun, das einmal das Resultat des Unabhängigkeitskampfes gewesen war. Damals hatte der Staat etwa die Stromversorgung der ländlichen Gebiete und das Bildungssystem als seine Aufgabe angesehen. Heute boomten die Privatisierungsgewinne auf Kosten der öffentlichen Dienste. Dass alle staatlichen Versorgungsleistungen zurückgefahren werden, belegen auch die Weltentwicklungsberichte des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP). Selbst in Dschidda, im reichen Saudi-Arabien, kommt Trinkwasser nur an einem Tag pro Woche aus der Leitung. Eben dort betreibt ein saudischer Prinz ein Bauvorhaben an einem Fluss, ohne sich um dessen Regulierung zu kümmern. Schon zweimal kam es zu Überschwemmungen mit vielen Todesopfern.

Wann immer solche Zustände zum Skandal eskalieren, ruft die Regierung eine Antikorruptionskampagne aus, die bald wieder vergessen ist. Damit wird der Konflikt auf die moralische Ebene verschoben, so als gehe es nicht um die systematische Ausbeutung durch eine Führungselite, die mit dem Großkapital verwachsen ist. Damit wird die Würde der Menschen, die das Fundament der sozialen Pyramide bilden, ebenso missachtet wie der Wert ihrer Arbeit. In den arabischen Ländern lebt heute ein Drittel der Erwerbsbevölkerung von Gelegenheitsjobs, meist im informellen Sektor. Obwohl diese Leute von der Statistik gar nicht erfasst werden, liegt die Arbeitslosigkeit seit zwanzig Jahren im zweistelligen Bereich. Ein weiteres Drittel ist zwar offiziell im formellen Sektor beschäftigt, doch in Wahrheit handelt es sich über-

wiegend um Arbeitskräfte auf Tageslohn- oder Honorarbasis oder um „Angestellte“, die weder einen Arbeitsvertrag noch Anspruch auf Sozialleistungen noch irgendwelche gewerkschaftlichen Rechte haben.<sup>7</sup> Arbeitnehmer im Sinne einer festen Beschäftigung gibt es eigentlich nur noch in den Staatsbetrieben und in der Verwaltung. Nur hier gelten noch soziale Rechte, weshalb diese Arbeitsplätze, vornehmlich bei Frauen, besonders begehrt sind. Doch gerade sie werden im Rahmen der „Struktur Anpassung“ und der Reduzierung der Staatsausgaben immer weiter abgebaut.

Der beträchtliche Zustrom von Migranten hat den Arbeitsmarkt noch stärker fragmentiert. Ein Teil von ihnen sind Flüchtlinge, die im Aufnahmeland geblieben sind, wie die Palästinenser. Andere – vor allem viele asiatische Arbeitsmigranten – bleiben nur für begrenzte Zeit. Für sie sind die sozialen und arbeitsrechtlichen Bedingungen besonders schlecht, und häufig werden sie extrem ausgebeutet.<sup>8</sup>

Dass die Herrschaftspyramide in Tunesien und Ägypten zum Einsturz gebracht wurde und in anderen Ländern zumindest ins Wanken geriet, hat aber auch mit einem Generationswechsel zu tun. In den vergangenen zehn Jahren sind die Kinder des arabischen „Babybooms“ ins arbeitsfähige Alter gekommen. Und diese jungen Menschen verfügen über ganz neue kulturelle Kompetenzen.<sup>9</sup> Es erstaunt deshalb kaum, dass jetzt allenthalben so vielfältige und einander widersprechende soziale und spezifische Forderungen laut werden. Ähnlich turbulente Zeiten gab es unmittelbar nach dem Sieg der Unabhängigkeitsbewegungen. Entsprechend unwahrscheinlich ist, dass die arabischen Länder einfach wieder zur Normalität zurückkehren.

Die entscheidende Aufgabe ist nunmehr die Neubegründung eines rechtsstaatlichen Systems. Das heißt eines Staats, in dem die Führungspositionen auf begrenzte Zeit durch demokratische Institutionen vergeben und kontrolliert werden, in dem die obskuren Einnahmequellen der Machthaber versiegen und ihre Monopole verschwinden, womit zugleich neue unternehmerische Energien freigesetzt würden. Eines Staats, in dem die politischen und sozialen Grundrechte der Bürger garantiert sind und in dem die arbeitende Bevölkerung unter fairen Bedingungen über angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen verhandeln und für diese Ziele auch streiken kann. Eines Staats der sozialen Verantwortung, der auf einem gesellschaftlichen Konsens beruht.

Das wird nicht leicht, denn derzeit geht die politische Entwicklung weltweit in eine ganz andere Richtung.

<sup>1</sup> Siehe Samir Radwan und Manuel Riesco, „The Changing Role of the State“, Economic Research Forum, 2007.

<sup>2</sup> Gemeint sind Betreibermodelle (Build Operate Transfer, BOT), bei denen private Unternehmen infrastrukturelle Einrichtungen betreiben.

<sup>3</sup> Der Einbruch des Ölpreises machte damals Ägypten und Syrien fast zahlungsunfähig.

<sup>4</sup> Nach vor der ägyptischen Revolution verkaufte die Sawiris-Familie ihre Zementwerke und ihre Anteile an Orascom-Mobilil (an France Télécom). Multimilliardär Naguib Sawiris kann heute als Führungsguru des „Wandels“ in Ägypten posieren.

<sup>5</sup> Schon 2006 verkaufte Nadschib Migiati, der neue Ministerpräsident des Libanon, sein Telekommunikationsunternehmen Investcom für 5,5 Milliarden Dollar an die südafrikanische MTN-Group.

<sup>6</sup> Den Fall Tunesien schildert Béatrice Hibou in: „La force de l'obéissance“, Paris (La Découverte) 2006.

<sup>7</sup> Siehe Samir Aita, „Les travailleurs arabes hors-la-loi“, Paris (L'Harmattan) 2001.

<sup>8</sup> Siehe „Le Travail et la question sociale au Maghreb et au Moyen Orient“, *Revue des Mondes Musulmans et de la Méditerranée*, Nr. 105–106, Aix-en-Provence (Edisud) 2005.

<sup>9</sup> Der Buch von Steffen Hertog „Princes, Brokers, and Bureaucrats: Oil and the State in Saudi Arabia“, Ithaca (Cornell University Press) 2010, hat Diskussionen über die Zahl der Arbeitsmigranten in Saudi-Arabien angestoßen. Siehe dazu [www.economist-arabes.org](http://www.economist-arabes.org).

<sup>10</sup> Samir Aita, „Internet, Fernsehen und eine freie Gesellschaft“, *Le Monde diplomatique*, März 2011.

Aus dem Französischen von Edgar Peinelt

Samir Aita ist Chefredakteur der arabischen Ausgaben von *Le Monde diplomatique* (als E-Paper unter [www.mondiploar.com](http://www.mondiploar.com)) und Autor von „Les travailleurs arabes hors-la-loi“, Paris (L'Harmattan) 2001.

# Am Anfang war der Rote Scheich

Eine kleine Geschichte des libyschen Öls

von Jean-Pierre Sereni

Auf den ersten Blick ist es unerklärlich. Selbst die wenigen Partner, die mit ihm Geschäfte machten, hielten ihn für unberechenbar, sprunghaft und bizarr. US-Präsident Ronald Reagan nannte ihn 1986 „the mad dog of the Middle East“ – den Irren von Nahost. Und schickte die 6. US-Flotte nach Libyen, ließ Tripolis bombardieren und setzte ein strenges Erdölembargo durch. Jetzt war der Mann offiziell zum Schurken geworden. Zwanzig Jahre später hatte Oberst Muammar al-Gaddafi das Kunststück fertiggebracht, dass sein Land zur führenden Gruppe der Erdölexportierenden Länder gehörte und das nicht zuletzt mit Hilfe der großen US-Ölkonzerne. Wie hat er das geschafft?

Sicher ist, dass „der Ölmagnat Gaddafi“ auf wirtschaftlichem Gebiet mehr Vernunft gezeigt und vorsichtiger agiert hat als bei seinen diversen innen- oder außenpolitischen Initiativen. Sicher ist auch, dass die Ölkonzerne aus aller Welt gelernt haben, sich in dem besonders instabilen, wenn nicht sogar feindlichen libyschen Umfeld zurechtzufinden – und Geld zu verdienen, viel Geld. Dennoch ist das Ganze ein Paradox.

Um den Widerspruch zu erklären, muss man weit in die Geschichte zurückgehen. 1951 wurde Libyen – das die Italiener 1912 dem Osmanischen Reich abgenommen hatten – ein souveräner Staat, der freilich arm war wie eine Kirchenmaus. Die damalige Monarchie unter Idris I. (1951–1969) war Produkt einer anachronistischen Allianz zwischen dem niedergehenden britischen Imperialismus und einer islamischen Bruderschaft aus der Sahara, der Sanusi (die auch den König stellte). Das einzige Exportgut des Landes war der Schrott, den man auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs zusammenklauben konnte.

Schon die ersten Untersuchungen italienischer Geologen in den 1930er Jahren – die zwanzig Jahre später von Experten der US-Armee fortgesetzt wurden – legten nahe, dass in der Erde unter dem großflächigen Land (1700000 Quadratkilometer) fossile Brennstoffe lagern. Das 1955 verabschiedete Erdölgesetz brach mit dem bis dahin im Nahen Osten geltenden US, Förderkonzessionen nur an ein einziges Unternehmen zu vergeben: Im Iran war das die Anglo-Iranian Oil Company, in Saudi-Arabien die Aramco, im Irak die Iraq Petroleum Company.<sup>7</sup> In Libyen hingegen wurden die Konzessionen auf fünf Jahre begrenzt und auch nur für bestimmte Felder erteilt. Eine kluge Entscheidung in einer Zeit, in der das Erdöl überall sprudelte und entsprechend billig war.

Zehn Unternehmen beteiligten sich damals an der Exploration. Nach sechs Jahren konnte 1961 der erste Tanker an dem von Exxon eröffneten Örtelmin in Marsa al-Burayqah (Brega) anlegen. Innerhalb von knapp fünf Jahren war die Produktion auf eine Million Barrel pro Tag angestiegen. 1962 waren 19 internationale Konzerne im Land, darunter Exxon, Shell, BP und Eni; 1968 war die Zahl auf 39 gestiegen. In Libyen hatte sich ein neues Modell etabliert, das sich in der restlichen Welt rasch durchsetzen sollte.

Am 1. September 1969 putschte sich Gaddafi an die Macht und begann sofort seine ehrgeizigen Pläne in die Tat umzusetzen. Zunächst wollte er unbedingt höhere Preise für sein Rohöl erzielen. Beraten vom ehemaligen saudischen Erdölminister Abdullah al-Tariki (der auch als „roter Scheich“ bekannte Minister hatte 1962 aufgrund von Differenzen mit Kronprinz Faisal sein Amt verloren) spielte er die Ölkonzerne gegeneinander aus, und zwar zuerst den Riesen Esso gegen das kleinere US-Unternehmen Occidental. Als er eine Halbierung der täglichen Fördermenge verfügte, um über höhere Preise die Einnahmen der Staatskasse zu erhöhen, konnte Esso den Ausfall durch seine Produktion in anderen Ländern wettmachen. Occidental dagegen war in einer schwächeren Position, weil 90 Prozent seiner Förderung aus Libyen stammten und die „Seven Sisters“, das Kartell der sieben größten Ölkonzerne der Welt,<sup>8</sup> nicht bereit waren, ihm auch



Jessica Backhaus, Somewhere, 2008, C-Print, 25,4 x 33 cm

nur ein einziges Barrel abzutreten. „Sie haben alles auf eine Karte gesetzt“, feixten die libyschen Verhandlungspartner, und Occidental-Chef Armand Hammer musste erheblich höhere Ölpreise und höhere Abgaben hinnehmen.<sup>4</sup> Doch weil das libysche Öl wegen der Schließung des Suezkanals (seit 1967) noch immer das günstigste war, kapitulierten im September 1970 auch die Seven Sisters.<sup>5</sup> Preise und Abgaben stiegen auf einen Schlag um 20 Prozent.

Für die übrigen Erdölexportierenden Länder war damit der Beweis erbracht: Es ist vorteilhafter, mit mehreren ausländischen Konzernen zusammenzuarbeiten als mit einem einzigen, und als Gegengewicht zu den Seven Sisters auch kleinere Unternehmen ins Spiel zu bringen, die keine alternativen Bezugsquellen haben. Für die Unabhängigen und die europäischen Staatsunternehmen war dies der Durchbruch auf dem internationalen Erdölmarkt.

## Pionierarbeit im Umgang mit den Ölkonzernen

Als gelehrte Schüler des ägyptischen Präsidenten Nasser machten sich Gaddafi und sein Revolutionsrat daran, die Verfügung über den nationalen Reichtum zurückzugewinnen. Dabei lernten sie auch von den unseligen Erfahrungen, die vor ihnen andere gemacht hatten: etwa der iranische Regierungschef Mohammad Mossadegh, der 1953 von der CIA entmachtet wurde, weil er es gewagt hatte, gegen die Anglo-Iranian Oil Company vorzugehen; oder der algerische Staatschef Houari Boumedienne, der mit der Verstaatlichung der in französischem Besitz befindlichen Erdölvorkommen 1971 ein Embargo provozierte, das Algerien teuer zu stehen kam.

Auch in dieser Hinsicht leistete Tripolis Pionierarbeit. Am 7. Dezember 1971 wurde British Petroleum (BP) unter einem dürrigen Vorwand verstaatlicht.<sup>6</sup> BP besaß damals den Großteil des bedeutendsten libyschen Ölfelds Sarir. Nach harten juristischen Auseinandersetzungen kam ein Abkommen zustande, mit dem Libyen wieder die Kontrolle über sämtliche Erdölgerästen im Land übernahm.

Es folgten weitere Machtproben, die alle nach demselben Muster verliefen: Schikanen und Störmaßnahmen gegen ausländische Techniker beein-

trächtigten die Arbeiten auf den Ölfeldern und ließen die Fördermenge sinken. Entnervt gaben Gulf, Phillips, Amoco, Texaco, Soconal und andere ihre Förderstätten auf. Die wurden anschließend durch die Libyan National Oil Company (LNOC) übernommen, ein nach US-amerikanischem Vorbild aufgebautes Staatsunternehmen, das die Förderung ohne größere Probleme weiterführen konnte. Innerhalb von zehn Jahren verunfachten sich die Staatseinnahmen, die sich 1979 auf jährlich 10000 Dollar pro Kopf beliefen.

Die Probleme begannen in der Außenpolitik. Im Dezember 1979 veröffentlichte das US-Außenministerium eine erste Liste von Staaten, denen sie Sympathien für den Terrorismus unterstellten. Auf dieser Liste stand das Gaddafi-Regime an prominenter Stelle, vor allem wegen seiner Unterstützung radikaler Palästinaer Bewegungen. Kurz darauf schloss Washington seine Botschaft in Tripolis und verbot US-Staatsangehörigen den Kauf von libyschem Rohöl. Im Juni 1986 schließlich erklärte die USA jegliche Handelsbeziehung mit der Dschamahirija für illegal (der neu erfundene Staatsname setzt sich aus den arabischen Wörtern für „Volksmassen“ und „Republik“ zusammen).

Das Attentat gegen eine Boeing 474 der PanAm, die am 21. Dezember 1988 über dem schottischen Lockerbie explodierte, und der Anschlag gegen eine DC10 der französischen Fluggesellschaft UTA im November 1989 lösten internationale Sanktionen aus, die auch die libysche Erdölindustrie trafen, die schon unter den sinkenden Ölpreisen zu leiden hatte. Für weitere Probleme sorgten die Mammutbaustellen und der Niedergang der Volkswirtschaft – eine Folge der praktischen Umsetzung von Empfehlungen, mit denen Gaddafi in seinem „Grünen Buch“ einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Marxismus schaffen wollte.

Zwar fiel es dem Staatskonzern LNOC nicht schwer, neue Märkte in Europa, der Türkei und Brasilien zu erschließen, doch das US-Embargo torpedierte sämtliche Pläne, weitere Lagerstätten zu erkunden, die eigene Petrochemie auszubauen und neu entdeckte Erdgasvorkommen zu nutzen. Da mit dem westlichen Kapital auch wichtige moderne Technologien ausblieben, gerieten alle großen Projekte ins Stocken. Zwar gelang es, das Embargo mittels

neuer Vertriebswege über Tunesien und Ägypten zu umgehen. Doch das System war teuer, weil man an beiden Küsten des Mittelmeers spezielle Handelsagenten anheuern musste, die gewaltige Risikoaufschläge verlangten. Als die Förderanlagen veralteten, lief dem Regime die Zeit davon. Wenn es den Zusammenbruch der Produktion vermeiden wollte, mussten neue Explorationen in Gang kommen.

Besonders kritisch war die Phase zwischen 1992 und 1999. Das Wirtschaftswachstum sank auf nur noch 0,8 Prozent, das Pro-Kopf-Einkommen ging um 20 Prozent zurück. Die Unzufriedenheit wuchs, es kam zu Putschversuchen und Rebellionen, vor allem im Osten, in der vernachlässigten Kyrainaka. Gaddafi war zum Einlenken gezwungen. Ohne jeden Skrupel lieferte er der britischen Justiz die eigenen Geheimdienstleute aus, die wegen des Lockerbie-Anschlags angeklagt waren, und zahlte den Angehörigen der 270 Opfer großzügige Entschädigungen (etwas bescheidener auch für die 170 Opfer der DC10). Nach dem 11. September 2001 stellte sich Tripolis im Kampf gegen den Terror vorbehaltlos an die Seite Washingtons. Und am 19. Dezember 2003, neun Monate nach Beginn des Irakkriegs, verkündete Gaddafi den Verzicht auf alle atomaren Rüstungspläne.

Am 13. November 2003 wurden die letzten internationalen Sanktionen gegen Libyen aufgehoben; der Wiederbelebungs des Erdölgeschäfts stand nichts mehr im Weg. Gaddafi träumte von einer raschen Verdopplung der Fördermengen auf mehr als 3 Millionen Barrel pro Tag, also ebenso viel wie der Iran. Das wäre gleichbedeutend mit dem Aufstieg in die Führungsgruppe der Opec, der Organisation Erdöl-exportierender Länder, die den Preis des schwarzen Goldes steuert.

Als die LNOC im August 2004 die Lizenzen für 15 neue Explorationsfelder versteigerte, standen die Bewerber Schlange. 120 Unternehmen bekundeten ihr Interesse, darunter mehrere britische und US-amerikanische Ölriesen, die sich 1986 aus Libyen zurückgezogen hatten, obwohl sie nie verstaatlicht wurden. Von den 15 Explorations-„Blöcken“ wurden 11 US-Unternehmen wie Occidental, Amerada Hess und Chevron Texaco zugeschlagen. Die libysche Führung war natürlich darauf aus, die internationalen Konzerne an die nationale Industrie anzubinden. Dafür nahm sie in Kauf, europäische Unternehmen wie Total, die auch in der Ära der Sanktionen zu Gaddafi gehalten hatten, vor den Kopf zu stoßen.<sup>7</sup> Die internationalen Ölkonzerne wollten mit Gaddafi unbedingt ins Geschäft kommen, obwohl die Bedingungen streng waren (130 Millionen Dollar wurden schon bei Vertragsunterzeichnung fällig, mindestens 300 Millionen müssen in die Exploration investiert werden) und die Rendite bescheiden war. Im besten Fall behalten sie 38,9 Prozent der Produktion für sich, praktisch dürfte dieser Anteil gerade mal bei 10,8 Prozent liegen.

Woher rührt diese wechselseitige und anhaltende Faszination zwischen der Ölindustrie – und zwar kleinen Unternehmen wie multinationalen Konzernen – und einem so schwierigen Land wie Libyen? Zum Beispiel ist das libysche Rohöl von exzellenter Qualität, und seine Fördergebiete liegen in kostengünstiger Entfernung zu den europäischen Raffinerien. Gegenwärtig macht das libysche Erdöl rund 15 Prozent des Verbrauchs in Frankreich aus und knapp unter 10 Prozent des Gesamtverbrauchs der Europäischen Union.

Der entscheidende Faktor ist jedoch, dass sich in den letzten fünfzig Jahren das Kräfteverhältnis geändert hat. 1960 kontrollierten die angelsächsisch dominierten Seven Sisters den Großteil der Ölproduktion der nicht-kommunistischen Länder. Diese dominierende Rolle haben inzwischen die staatseigenen Unternehmen der Förderländer übernommen.<sup>8</sup> Als die Eigentümer der Ölfelder kontrollieren sie heute den Zugang zu der nach wie vor wichtigsten Energieresource, auch wenn sie für die Exploration – also die entscheidende Phase der künftigen Mineralölförderung – fast immer auf internationalen Unternehmen angewiesen sind.

Die Suche nach Öl ist gefährlich und kostspielig und erfordert modernste Technologie. An deren fehlt es den Staaten zunehmend. Deren Einnahmen fließen größtenteils nicht in die nationale Erdölindustrie (dagegen einiges in die Taschen der Gaddafi-Sprösslinge – fünf Söhne und eine Tochter), und auch Investitionen jenseits der eigenen Staatsgrenzen sind höchst selten. Deshalb müssen sich beide Seiten – unabhängig von Revolution, Regimewechsel und Verstaatlichung – zwangsläufig irgendwann wieder zusammenraufen, ob mit oder ohne Gaddafi.

<sup>1</sup> CNN, 21. April 1986.

<sup>2</sup> Ruth First, „Libya. The Elusive Revolution“, London (Penguin African Library) 1974, S. 187.

<sup>3</sup> Die „sieben Schwestern“, auch die sieben Majors genannt, sind die vier in der Aramco in Saudi-Arabien vereinigten US-Mineralölgesellschaften Exxon, Mobil, Chevron und Texaco sowie das US-Unternehmen Gulf und die britischen Konzerne Shell und BP. Sie hatten sich zwischen 1929 und 1932 zu einem Kartell zusammengeschlossen, dem es bis Anfang der 1970er Jahre gelang, die Rohölpreise einzufrieren.

<sup>4</sup> Daniel Yergin, „The Prize. The Epic Quest for Oil, Money, and Power“, New York (Simon & Schuster) 1991, S. 578.

<sup>5</sup> Siehe dazu: Anthony Sampson, „The Seven Sisters – The Great Oil Companies and the World They Made“, Kapitel 10: [journeytoforever.org/biofuel\\_library/sevensisters/7sisters10.html](http://journeytoforever.org/biofuel_library/sevensisters/7sisters10.html).

<sup>6</sup> Kurz zuvor hatten iranische Truppen die Insel Abu Musa und die beiden kleineren Tunb-Inseln im Persischen Golf besetzt, um kurz vor dem Abzug der Briten aus der Region vollendete Tatsachen gegenüber den arabischen Golfemiraten zu schaffen.

<sup>7</sup> Dirk Vandewalle, „A Modern History of Libya“, Cambridge (University Press) 2006, S. 189.

<sup>8</sup> Siehe „Neue Regeln für den Erdölmarkt“, *Le Monde diplomatique*, März 2007.

Aus dem Französischen von Barbara Schaden

Jean-Pierre Sereni ist Journalist.

ANZEIGE

**Yolanda Prieto/Sabine Keller**

**Zwei Kontinente – Ein Leben**

Argentinische Künstler und Intellektuelle in Europa

Herausgegeben von Claudio Blasco

Das Buch bietet Begegnungen mit bekannten Künstlern aus Argentinien, die im deutschsprachigen Europa leben und arbeiten. Es entstehen kurzweilige Portraits in Interviewform.

124 S., Frz., Br., durchg., vierf., zweisprachig, € 14,90  
ISBN 978-3-86099-677-5

**Sigrid Lamberg**

**Subsistenzökonomie in Nicaragua**

Perspektiven in einer sich transformierenden Gesellschaft

Die Unterschiede innerhalb des Agrar-Sektors Nicaraguas sind beträchtlich. Die Autorin konfrontiert den Einfluss von Liberalisierungsbestrebungen mit Beschreibungen der Lebensrealität der indigenen comunidades.

296 S., Pb., € 29,90, ISBN 978-3-86099-668-3

25 Jahre Brandes & Apsel

Besuchen Sie uns im Internet: [www.brandes-apsel-verlag.de](http://www.brandes-apsel-verlag.de)

Saif al-Islam, einer der Söhne von Muammar al-Gaddafi, erklärte am 19. Februar in einem Interview mit dem Fernsehsender al-Arabia, er werde gemeinsam mit seinem Vater tiefgreifende politische Reformen einleiten. Darüber hinaus behauptete der Sohn des „Revolutionsführers“, der seit seinem Studium an der Londoner School of Economics die Kontakte des Regimes zum Westen wahrnimmt, sein Vater habe sich schon eine Woche nach Beginn der Aufstände mit Oppositionellen getroffen. Dabei habe er eine radikale Verfassungsänderung, neue Gesetze und freie Wahlen zugesichert. Kein Wort verlor Saif al-Islam allerdings über die Initiative zur politischen Öffnung, die er selbst 2003 gestartet hatte. Die wurde nämlich fünf Jahre danach wieder abgeblasen.

In der Tat hatte Saif al-Islam damals eine Verfassungsreform versprochen und sogar den 1. September 2008 als Datum für ihr Inkrafttreten festgelegt. Insgesamt sollten 21 neue grundlegende Gesetze beschlossen werden, darunter eine Änderung des Strafrechts im Hinblick auf Investitionen und eine Novellierung des Zivil- und Handelsrechts. Die Neuerungen wurden als Teil einer Initiative präsentiert, die Libyen aus der internationalen politischen Isolation herausführen sollte. Saif al-Islam verband sein Projekt damals sogar mit dem Aufruf, eine Zivilgesellschaft aufzubauen, also Gewerkschaften, Verbände und Berufsvereinigungen wie eine Anwaltskammer als vom Staat unabhängige Organisationen zuzulassen. Auf diese Weise wollte das Regime, das sich seit der Machtergreifung von Oberst Gaddafi nur auf das Ethos der Revolution und die Loyalität der Stämme berief, eine neue, verfassungsmäßige Legitimität gewinnen.

Dennoch wurden die Gesetzesvorschläge niemals dem libyschen Parlament, dem Allgemeinen Volkskongress, zur Abstimmung vorgelegt. Im Rückblick scheint das Ganze ein politisches Ablenkungsmanöver gewesen zu sein, mit dem das Regime Zeit gewinnen und sein Image bei den westlichen Regierungen verbessern wollte. Der mit der Ausformulierung der neuen Verfassung betraute Richter erklärte später, er habe sich vor allem von den Gedanken des Revolutionsführers in dessen „Grünem Buch“ leiten lassen. Es sei keineswegs sein Auftrag gewesen, das Regierungssystem zu verändern, sondern nur, die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen neu zu gruppieren. Der 1. September 2008, der als Termin für Wahlen und das Inkrafttreten der Verfassung angekündigt war, geriet schlicht in Vergessenheit.

Um diesen Schachzug zu verstehen, muss man einen Blick auf die libysche Geschichte und die Grundüberzeugungen des Revolutionsführers Muammar al-Gaddafi werfen. Als die Freien Offiziere am 1. September 1969 die Macht übernahmen, hatte Libyen nur 2,5 Millionen Einwohner und mit Tripolis, Bengasi und Misurata nur drei größere Städte. Im Grunde war das an Öl- und Gasvorkommen reiche Land eine Stammesgesellschaft, die zu drei Vierteln aus Beduinen bestand.

Die neuen Machthaber schafften die Monarchie ab, begründeten eine arabische Republik und etablierten im März 1973 auf einem Kongress die „Macht des Volkes“. Schon seit 1972 war das Gesetz Nr. 17 in Kraft, das die Gründung von politischen Parteien untersagte, nach dem Motto: „Wer einer Partei angehört, ist ein Verräter.“

Zum Rückgrat des Systems wurde nunmehr die aus der „Bewegung der Volkskomitees“ hervorgegangene Arabische Sozialistische Union. Dass sich diese Einheitspartei – in Anlehnung an die nasseristischen Bewegungen – sozialistisch nannte, war in gewisser Weise paradox, weil Oberst Gaddafi nach eigenem Bekunden einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus erfinden wollte.

Dem tunesischen Forscher Taoufik Monasteri zufolge ist Gaddafi durch die Ideen des französischen Philosophen Jean-Jacques Rousseau beeinflusst; auf diesen berief er sich bei seiner Gründung einer „bédouinoocratie“ in Libyen. Wichtigstes Merkmal dieser „Beduinenherrschaft“ ist die Abwesenheit eines „Staates“. Der Staatspräsident ist durch den „Revolutionsführer“ ersetzt, die Parteien durch Volkskomitees, die auch die Verwaltung des Landes beaufsichtigen. Ein Gegengewicht bilden die „Revolutionskomitees“ (ergänzt durch „Kontrollkomitees“ als Vermittlungs-

## Die drei Gewänder des Oberst Gaddafi

*Panarabismus,  
Nationalismus,  
Tribalismus*

von Rachid Khechana



Jessica Backhaus, *Free Spirit*, 2007, C-Print, 25,4 x 33 cm

stanz bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Revolutions- und den Volkskomitees). Wie diese Institutionen funktionierten, blieb im Dunkel, zumal kein Mensch wusste, wie deren Mitglieder ernannt wurden.

Fest stand allerdings immer, dass sich Gaddafi auf den Schutz durch seinen Stamm, die Guededfa-Beduinen, stets verlassen konnte. Dass er bei seinen Auslandsreisen das berühmte Beduinenzelt (*khaima*) mitführte, sollte daran erinnern, dass er sich diesem Stamm auch jenseits der libyschen Grenzen zugehörig fühlte. Dabei ging es keineswegs nur um eine folkloristische Inszenierung. Es war vielmehr die klare Botschaft an die Beduinen, die ihn nicht als Präsidenten, sondern als Führer gewählt hatten – ein Status, auf den sich Gaddafi stets und bis heute beruft, wenn er erklärt, er könne nicht abgesetzt werden.

Gaddafi hat während seiner Herrschaft mehr als einen Kurswechsel vorgenommen, vom Panarabismus zum Nationalismus und dann zum Tribalismus, blieb dabei aber stets ein Feind der städtischen Kultur. Das zeigt sich an seiner *khaima* ebenso wie darin, dass er nie einen Städter zum Minister machte.

1977 löste er die durch den Revolutionskommandorat (RCC) verkörperte kollektive Führung auf, die seit 1969 die Macht ausgeübt hatte. In der Folge unterdrückte er nicht nur die fortschrittlichen Kräfte, die Islamisten und die Nationalisten, sondern schaltete auch der Reihe nach seine alten Kampfgefährten aus den Reihen der Freien Offiziere aus. 1993 traf es auch Abdessalam Jalloud, einen engen Freund von Gaddafi und Nummer zwei beim Putsch von 1969. Zwei weitere Protagonisten der Revolution, Mohammed Nejjib und Mokhtar Karoui, waren bereits 1972 aus dem RCC ausgeschieden, weil ihre Forderung nach Übergabe der Macht an eine zivile Regierung abgelehnt wurde. Im selben Jahr wurde Oberst Mohammed al-Meguerief nach einem zweifelhaften Gerichtsverfahren verurteilt.

Zwei weitere RCC-Mitglieder, Behcir al-Houadi und Jaouad Hamsa wurden 1975 ermordet, Omar Mchiel fiel 1984 einem Anschlag zum Opfer. Und Abdel-Monem al-Houmi, der 25 Jahre lang Dissident gewesen war und sich erst 2010 wieder mit Gaddafi versöhnt hatte, trat mit Beginn des Aufstands im Februar als Repräsentant Libyens bei

der Arabischen Liga zurück. Von den zwölf Mitgliedern des ehemaligen Kommandorats sind damit nur noch drei übrig geblieben: Abu Bakr Yunis Jaber (der inzwischen zu den Aufständischen übergelaufen ist), Major Khouildi Hamidi und General Mustafa Kharoubi. Alle drei waren längst auf unbedeutende Posten abgeschoben worden.

Schritt für Schritt tauschte Gaddafi seine alten Gefährten in hohen Positionen gegen seine Söhne al-Saadi, Mutasim, Mohammed und Khamis aus. Nach dem Scheitern der „Öffnungspolitik“ machte er schließlich im Oktober 2010 seinen Sohn Saif al-Islam zum „Koordinator der Volksmacht“, was allgemeines Erstaunen hervorrief. Saif al-Islam wurde damit eine Art Staatsoberhaupt, dem die wichtigsten Machtorgane unterstehen: der Allgemeine Volkskongress (das Parlament), das Allgemeine Volkskomitee (die Regierung) und die Sicherheitsorgane.

Im April 2010 ließ Gaddafi den Gefängniskomplex Abu Salim am Stadtrand von Tripolis abreißen, womit zweifellos die Spuren eines Massakers verwischt werden sollten. Nach Angaben von NGOs wurden in diesem Hochsicherheitsgefängnis 1996 mehr als 1200

politische Gefangene umgebracht. In diesem erstickenden politischen Klima wurde bereits die Absicht, eine friedliche Demonstration zu organisieren, mit schweren Gefängnisstrafen belegt. So wurden die Aktivisten Jamal al-Haji und Faraj Saleh Hmeed im Februar 2007 von einem Staatssicherheitsgericht zu 12 und 15 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie, gemeinsam mit zehn anderen, die ebenfalls vor Gericht gestellt wurden, zu einer friedlichen Kundgebung in Tripolis aufgerufen hatten. Damit wollten sie an die ein Jahr zuvor bei Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften getöteten Demonstranten erinnern. Dasselbe Staatssicherheitsgericht verurteilte im Juni 2008 den Menschenrechtsaktivisten Idriss Boufayed zu 25 Jahren Haft. Die Anklage lautete auf Verschwörung gegen den Staat und Spionage, weil sich Boufayed mit einem in Tripolis akkreditierten US-Diplomaten getroffen hatte.

Der Machtmissbrauch und die Unterdrückung aller bürgerlichen Freiheiten brachte schließlich auch die libyschen Eliten dazu, den Diktator Gaddafi und seine Handlanger offen zu kritisieren und sich gegen die politische Bevormundung zu wehren. Im August 2010 trat bei einem Kongress in Bengasi zum Thema „Stämme und Stammesystem in Libyen“ die Politologin Amel Laabidi von der Universität Gayounis (Bengasi) mit einem Vortrag auf, der sich kritisch mit dem Einfluss der Stämme in der Politik auseinandersetzte. Sie wies darauf hin, dass die Einrichtung einer „Sozialen Führung des Volkes“ in den 1990er Jahren zum Zweck hatte, die Stämme offiziell zur politischen Kraft zu erklären. Das aber habe zu vermehrter Korruption, Rechtsbeugung und Gefährdung der nationalen Sicherheit geführt, weil es keine staatlichen Institutionen als Gegengewicht zum Einfluss der Stämme mehr gebe.

Im September 2010 meldete sich der ehemalige Vorsitzende der Anwaltsvereinigung, Mohammed Ibrahim al-Allagui zu Wort. Er kritisierte die uneingeschränkte Macht der Volkskomitees, forderte deren Kontrolle durch Gesetze und sprach sich für politischen Pluralismus aus. Al-Allagui wagte es auch, sich öffentlich mit dem Sekretär des Volkskongresses Mohammed Jibril anzulegen, der auch für Gewerkschaften und Berufsverbände zuständig ist. Er beschuldigte ihn, sich in die Wahl der Vorstände ziviler Vereinigungen eingemischt zu haben. Tatsächlich hatte Jibril 2009 die Anwaltsvereinigung von Bengasi daran gehindert, ihre Hauptversammlung abzuhalten und die bereits seit einem Jahr überfällige Vorstandswahl durchzuführen.

Am 10. September 2010 schließlich forderte Ezzat Kamel al-Akhour, die Tochter eines früheren Außenministers, in der Zeitschrift *Oya* das Recht auf die Gründung freier Gewerkschaften. Sie kritisierte vor allem ein Gesetz von 2001 über zivile Vereinigungen, das die Aufsicht über NGOs von der Justiz auf die Exekutive übertragen hatte, worin sie eine „Geringschätzung der Menschenrechte“ und eine „Verschärfung der Abschreckung“ sah.

Angesichts der wachsenden Unruhe im Land zeigten sich die Machthaber manchmal zerstritten, manchmal, wenn es um ihre eigenen Interessen ging, sehr einig. So etwa im Fall von Mohammed Larbi Essarri: Der für seine kritischen Artikel bekannte Journalist wurde Ende September 2010 in Bengasi überfallen und zusammengeschlagen, sodass er in die Notaufnahme eines Krankenhauses eingeliefert werden musste. Von dort wurde er trotz seiner erheblichen Verletzungen von der Polizei zum Verhör abgeholt. Daraufhin beilegte sich die von Saif al-Islam geleitete Internationale Gaddafi-Stiftung, über ihre „Vereinigung für Menschenrechte“ zu erklären, die Sicherheitsorgane hätten mit diesem Vorfall nichts zu tun.

Der Autismus der Macht, die Besetzung aller politischen Entscheidungszentren und aller wichtigen militärischen Kommandoposten durch die Gaddafi-Familie, die Überwachung und Gängelung der Bevölkerung und die Zensur der Presse – all das hat einen friedlichen Wandel völlig unmöglich gemacht und die Menschen zum Aufstand getrieben.

Aus dem Französischen von Edgar Peinelt

Rachid Khechana ist Journalist bei al-Dschasira und Experte für Nordafrika.

## ► Fortsetzung von Seite 7

Kontext einer bewaffneten Auseinandersetzung folgt daraus zwangsläufig die Bombardierung von militärischen Zielen, also auch von Soldaten – oft zwangsrekrutierten Zivilisten –, die sich häufig unter unbewaffneten Menschen bewegen. Die Kontrolle einer „Flugverbotszone“ beinhaltet das Risiko, dass patrouillierende Flugzeuge abgeschossen und ihre Piloten gefangen genommen werden, was in der Folge Befreiungsaktionen rechtfertigt, also den Einsatz von Kommandotrüps auf feindlichem Boden.<sup>4</sup> Die verbale Legitimierung lässt sich nach Belieben verfeinern, aber das Schöne des Kriegs hat irgendwo seine Grenze.

Letzten Endes „gehört“ jeder Krieg nämlich denjenigen, die ihn beschließen und führen, und nicht den anderen, die ihn befürworten und davon träumen, dass er ein kurzes und fröhliches Unternehmen sein möge. Man kann sich noch so viele unfehlbare Pläne für einen Krieg ohne Hass und „Kollateralschäden“ oder andere Pannen ausdenken – mit der Umsetzung sind immer Streitkräfte betraut, die sich je nach ihren eigenen Neigungen, Methoden und Erfordernisse verhalten. Resultat der UN-Resolution 1973 sind mithin nicht nur die jubelnden Massen in Bengasi, sondern auch die Leichen der libyschen Soldaten, die bei ihrem Rückzug aus der Luft niedergeschlagen wurden.

Das fortschrittliche Lager – nicht nur in Europa – ist gespalten in der Frage, was im Fall Libyens zu tun sei. Bei manchen überwiegt die Solidarität mit einem unterdrückten Volk, bei anderen die Vorbehalte gegenüber einem Krieg des Westens. Beide Beurteilungskriterien sind zwingend, aber es ist nicht immer möglich, dass beide gleichzeitig erfüllt werden. In diesem Fall muss man sich entscheiden: Verleiht das Etikett des „Antimperialisten“, das sich eine Diktatur auf internationaler Ebene verschafft hat, ihr das Recht, das eigene Volk zu unterdrücken?

Was Gaddafi betrifft, ist das Schweigen mehrerer linker Regierungen in Lateinamerika (Venezuela, Kuba, Nicaragua, Bolivien) zur Unterdrückung in Libyen höchst verstörend. Zumal die Opposition des libyschen Führers gegen „den Westen“ eine reine Fassade ist: In demselben Interview, in dem Gaddafi sich als Opfer einer „kolonialistischen Verschwörung“ stilisierte, versicherte er in einer Pariser Zeitung an die Adresse der ehemaligen Kolonialmächte, dass „wir uns alle im selben Kampf gegen den Terrorismus befinden“. Und erklärte mit Verweis auf die Kooperation der Nachrichtendienste: „Wir haben euch in den vergangenen Jahren sehr unterstützt.“<sup>2</sup>

Heute behauptet der libysche Diktator – bestärkt von Hugo Chávez, Daniel Ortega und Fidel Castro –, der Angriff auf sein Regime diene in Wirklichkeit dem Zweck, „sich des Öls zu bemächtigen“. Aber dieses Öl wird bereits jetzt vom US-Unternehmen Occidental, dem britischen Giganten BP und dem italienischen Staatskonzern Eni gefördert (siehe den Artikel auf Seite 5). Im Übrigen hat der Internationale Währungsfonds (IWF) erst vor Wochen „die robuste volkswirtschaftliche Entwicklung Libyens und die Fortschritte bei der Stärkung der Privatwirtschaft“ gelobt.<sup>3</sup>

Von der edlen Patina des Revolutionärs und Antimperialisten, die man in Caracas und Havanna aufpolieren will, hat ganz sicher auch Anthony Giddens nichts bemerkt. Der Vordenker des von Tony Blair propagierten „Dritten Wegs“ prophezeite 2007 nach zwei Libyen-Reisen, das Land werde sich in absehbarer Zeit zu einem „Norwegen Nordafrikas“ entwickeln: „wohlhabend, egalitär und zukunftsorientiert“.<sup>4</sup>

Wenn man sieht, wie gezielt der libysche Führer ganz unterschiedliche Leute an der Nase herumgeführt hat, kann er jedenfalls nicht so verrückt sein, wie jetzt gerne behauptet wird.

Dass linke lateinamerikanische Regierungen in ihrer Einschätzung Gaddafis so danebenliegen, hat verschiedene

Gründe. Erstens wollten sie in ihm wohl den Feind ihres Feindes, also der USA sehen; aber dass sie ihn gleich zu ihrem Freund erklärten, lässt sich nur auf ihre mangelnden Kenntnisse Nordafrikas zurückführen: So wenn Chávez erzählt, er habe Gaddafi angerufen, um sich über die Lage in Tunesien informieren zu lassen. Oder wenn Castro glaubt, „den Westen“ eine reine Fassade ist: In demselben Interview, in dem Gaddafi sich als Opfer einer „kolonialistischen Verschwörung“ stilisierte, versicherte er in einer Pariser Zeitung an die Adresse der ehemaligen Kolonialmächte, dass „wir uns alle im selben Kampf gegen den Terrorismus befinden“. Und erklärte mit Verweis auf die Kooperation der Nachrichtendienste: „Wir haben euch in den vergangenen Jahren sehr unterstützt.“<sup>2</sup>

Zur falschen Analyse der libyschen Realität tragen noch weitere Faktoren bei: etwa die Wahrnehmungsmuster, die geprägt sind durch Jahrzehnte bewaffneter Interventionen der USA in Lateinamerika; oder die Tatsache, dass Libyen Venezuela geholfen hat, in Afrika Fuß zu fassen; oder die Zusammenarbeit zwischen Caracas und Tripolis innerhalb der Organisation erdöllexportierender Staaten (Opec) und des Afrika-Südamerika-Gipfels (ASA), der die Außenpolitik Venezuelas stärker auf eine Süd-Süd-Achse ausrichtet soll.

### Gaddafis letzter Trumpf – die Rhetorik des Kreuzzugs

Im Fall Chávez kommt noch die Überzeugung hinzu, dass politische Bündnisse seines Landes auch enge persönliche Beziehungen mit den jeweiligen Staatschefs bedeuten: „Ich war ein Freund von König Fahd von Saudi-Arabien, ich bin ein Freund von König Abdallah, der Caracas besucht hat, wir sind uns mehrmals begegnet und verstehen uns bestens. Ich bin mit dem Emir von Katar und dem Präsidenten von Syrien befreundet, der auch schon hier war. Und ich bin ein Freund von Bouteflika.“

Als das Regime Gaddafis mit Gewalt gegen das eigene Volk vorging, bekam diese Auffassung von Freundschaft ein fatales Gewicht. „Ich wäre doch ein Feigling, wenn ich jemanden verurteile, mit dem ich seit so langer Zeit befreundet bin, bevor ich sicher weiß, was in Libyen überhaupt vor sich geht.“<sup>5</sup> Letztendlich hat Chávez damit die Gelegenheit verpasst, die Volksaufstände auf dem afrikanischen Kontinent als die kleinen Geschwister der lateinamerikanischen linken Bewegungen wahrzunehmen, die er ja zur Genüge kennt.

Jenseits der genannten Irrtümer ist die Außenpolitik ohnehin der Bereich, in dem sich die Machtausübung einer einzelnen Figur am klarsten als Fehler erweist, weil die Entscheidungen mangels jeglicher parlamentarischer Kontrolle und öffentlicher Debatten völlig undurchsichtig bleiben. Das gilt für jedes Land. Und wenn Außenpolitik, wie jetzt im Sicherheitsrat geschehen, so weit geht, die Verteidigung der Demokratie durch den Krieg zu propagieren, tritt der Widerspruch zwischen Tragweite der Entscheidung und mangelnder Kontrolle noch krasser zutage.

Nachdem Gaddafi anfangs auf den Fundus der antwestlichen Geopolitik zurückgegriffen und das progressive Motiv der Verteidigung libyscher Ressourcen betont hatte, gab er ziemlich schnell der Versuchung nach, seinen letzten Trumpf auszuspielen: den Kampf der Religionen. Am 20. März verkündete er: „Die großen christlichen Mächte haben einen zweiten Kreuzzug gegen die muslimischen Völker begonnen – und vorweg gegen das libysche Volk –, mit dem Ziel, den Islam auszulöschen.“ Kaum zwei Wochen zuvor hatte Gaddafi noch seine Unterdrückungsmaßnahmen mit denen verglichen, die 14000 Palästinenser erdulden müssten: „Sogar die Israelis brauchten Panzer, um in Gaza mit den Extremisten fertig zu werden. Bei uns ist das genauso.“ Deshalb müssten Einheiten der libyschen Armee „kleine Al-Qaida-Zellen“ bekämpfen.<sup>6</sup> Diese Sätze dürften die Beliebtheit des Führers in der arabischen Welt allerdings kaum gesteigert haben.

Diese letzte argumentative Volte Gaddafis vermittelt uns immerhin eine interessante Erkenntnis. Sie offenbart die Gefährlichkeit einer Politik, die sozusagen spiegelverkehrt auf Schlagworte wie Kampf der Kulturen und Kreuzzug setzt – also das große Thema der Neokonservativen im Westen. Bei der arabischen Aufstandsbewegung standen religiöse und nichtreligiöse Menschen Seite an Seite, genauso wie im Lager ihrer Gegner.

### Fundamentalisten auf dem Rückzug vor der Revolution

Dies lässt hoffen, dass in absehbarer Zeit Parolen keine Chance mehr haben, die antimperialistisch klingen, tatsächlich aber nur antwestlich sind. Und die in ihrer Verachtung für den Westen keinen Unterschied macht zwischen dessen größten Verbrechern – der Kanonbootpolitik, der Verachtung für „eingeborene“ Völker, den Religionskriegen – und dessen größten Errungenschaften, von der Aufklärung bis zur Sozialversicherung.

Knapp zwei Jahre nach der iranischen Revolution von 1979 entwarf der radikale syrische Denker Sadik Jalal al-Azm die Grundzüge eines „umgekehrten Orientalismus“. Er lehnte den säkularen Nationalismus ebenso ab wie den revolutionären Kommunismus. Er propagiert stattdessen den Kampf gegen den Westen mittels Rückkehr zum wahrhaftigen Glauben: „Der Grad der Befreiung im Orient kann und darf nicht an ‚westlichen‘ Wertmaßstäben und Kriterien wie Demokratie, Säkularisierung und Frauenbefreiung gemessen werden; der muslimische Orient ist nicht mit dem erkenntnistheoretischen Instrumentarium der westlichen Wissenschaften zu erfassen; keine Analogie zu westlichen Phänomenen trifft den Kern der Sache; was die muslimischen Massen bewegt, ist kultureller, mithin religiöser Natur, und die Bedeutung dieses Faktors wiegt schwerer als ökonomische und gesellschaftliche Faktoren, die im Westen die Politik determinieren; der einzige Weg muslimischer Länder

zurück zu ihrer alten Größe führt über den Islam; schließlich sind die Bewegungen, die sich die ‚Rückkehr‘ zum Islam auf die Fahnen geschrieben haben, entgegen der westlichen Wahrnehmung nicht reaktionär oder regressiv, sie sind im Gegenteil gerade deshalb fortschrittlich, weil sie der kulturellen Vorherrschaft des Westens trotzen.“<sup>7</sup>

Eine solche fundamentalistische Auffassung von Politik ist keineswegs schon am Ende. Aber seit dem von Tunesien ausgehenden Aufbruch kann man spüren, dass ihre Wirkungskraft gebrochen ist. Die „arabische Straße“ orientiert sich heute an der Formel „weder mit dem Westen noch gegen ihn“.<sup>8</sup> In Ägypten war ihr Gegner ein amerikatreues, in Syrien ist es ein antiwestliches Regime. Man lässt sich also nicht mehr von der Befürchtung verunsichern, dass individuelle Freiheitsrechte, Rede- und Gedankenfreiheit, politische Demokratie, gewerkschaftliche Rechte und der Feminismus demokratische Politik oder Gewerkschaften wozüglich nur eine „westliche“ Agenda darstellen, die sich als emanzipatorischer Universalismus tarnt. Die arabischen Gesellschaften machen sich die demokratische Agenda vielmehr zu eigen, um gegen soziale Ungerechtigkeit und autoritäre, polizeistaatliche Regime zu opponieren, die ihre Untertanen umso mehr infanzillieren, je vergrößerter die Führungsriege ist.

Was wir erleben, ist ein gewaltiger revolutionärer Schub, der fast täglich neue soziale und demokratische Errungenschaften erzwingt (siehe Kasten). Und das genau in dem Moment, da der „Westen“ zutiefst gespalten scheint zwischen der Angst vor dem eigenen Niedergang und müder Resignation angesichts eines moribunden politischen Systems, in dem ein Wechsel nur noch zwischen austauschbaren Kräften im Dienste ewig gleicher Ziele stattfindet.

Dass diese Dynamik in der arabischen Welt anhält, ist alles andere als sicher. Aber schon jetzt eröffnet der mutige Aufbruch auch für uns neue Möglichkeiten des politischen Handelns, die wir bislang nicht genutzt haben. Im Artikel 20 der Resolution 1973 des Sicherheitsrats heißt es etwa, die eingefrorenen libyschen Bankguthaben im Westen sollen „in einer späteren Phase und so bald wie möglich dem Volk der arabischen Dschamahiriya Libyens zur Verfügung gestellt und zu dessen Vorteil genutzt werden“. Es gibt also durchaus die Möglichkeit, das Geld einiger weniger zu konfiszieren, um es den Bürgern ihres Landes zurückzugeben. Ein Staat hat offenbar die Macht, den Bedürfnissen des Volkes zu dienen. Und noch eine Einsicht von universeller Gültigkeit kann uns die arabische Welt in Erinnerung rufen: Die Menschen haben die Macht über ihren Staat, wenn sie es wollen.

<sup>1</sup> Dazu Philippe Leymarie, „Libye, les enjeux d'une zone d'exclusion aérienne“, blog.mondediplomatique.net/2011-03-07-Libye-Exclusion-disent-ils.

<sup>2</sup> Interview mit Journal de dimanche, 6. März 2011.

<sup>3</sup> Le Canard Enchaîné, 9. März 2011. Ähnliches Lob erfährt Gaddafis Freund Ben Ali schon im November 2008 von IWF-Generaldirektor Dominique Strauss-Kahn persönlich, siehe: www.dailymotion.com/Video/xgk4t\_strauss-kahn-ou-le-genie-du-fmi-soutient-ben-ali\_news.

<sup>4</sup> Anthony Giddens, „My Chat with the Colonel“, The Guardian, London, 9. März 2007. Interessanterweise waren zwei Reisen, die Giddens 2006 und 2007 nach Libyen gemacht hatte, von der Lobbyfirma Monitor Group arrangiert. Der zahlte die libysche Regierung über 2 Millionen Euro für eine Kampagne zum „Aufpolieren“ ihrer internationalen Reputation, siehe The Guardian, 5. März 2011.

<sup>5</sup> 25. Februar 2011: www.aporra.org/actualidad/r175812.html.

<sup>6</sup> France 24, 7. März 2011: www.dailymotion.com/Video/xhgy3a\_interview-de-kadhafi-07-03-2011-pour-france24-part-2-2\_news.

<sup>7</sup> Gilbert Achcar, „L'orientalisme à rebours: de certaines tendances de l'orientalisme français après 1979“, Mouvements, Nr. 54, 2/2008.

<sup>8</sup> Vgl. Alain Gresh, „Einstürzende Denkgebäude“, Le Monde diplomatique, März 2011. In einer Rede am 19. März erklärte Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah: „Jede Unterstellung, dass Amerika diese Revolutionen fabriziert, lenkt, provoziert oder auslöst, ist ungerecht gegenüber den betreffenden Völkern und falsch.“

<sup>9</sup> Vgl. Alain Gresh, „Einstürzende Denkgebäude“, Le Monde diplomatique, März 2011. In einer Rede am 19. März erklärte Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah: „Jede Unterstellung, dass Amerika diese Revolutionen fabriziert, lenkt, provoziert oder auslöst, ist ungerecht gegenüber den betreffenden Völkern und falsch.“

<sup>10</sup> Vgl. Alain Gresh, „Einstürzende Denkgebäude“, Le Monde diplomatique, März 2011. In einer Rede am 19. März erklärte Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah: „Jede Unterstellung, dass Amerika diese Revolutionen fabriziert, lenkt, provoziert oder auslöst, ist ungerecht gegenüber den betreffenden Völkern und falsch.“

<sup>11</sup> Vgl. Alain Gresh, „Einstürzende Denkgebäude“, Le Monde diplomatique, März 2011. In einer Rede am 19. März erklärte Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah: „Jede Unterstellung, dass Amerika diese Revolutionen fabriziert, lenkt, provoziert oder auslöst, ist ungerecht gegenüber den betreffenden Völkern und falsch.“

<sup>12</sup> Vgl. Alain Gresh, „Einstürzende Denkgebäude“, Le Monde diplomatique, März 2011. In einer Rede am 19. März erklärte Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah: „Jede Unterstellung, dass Amerika diese Revolutionen fabriziert, lenkt, provoziert oder auslöst, ist ungerecht gegenüber den betreffenden Völkern und falsch.“

<sup>13</sup> Vgl. Alain Gresh, „Einstürzende Denkgebäude“, Le Monde diplomatique, März 2011. In einer Rede am 19. März erklärte Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah: „Jede Unterstellung, dass Amerika diese Revolutionen fabriziert, lenkt, provoziert oder auslöst, ist ungerecht gegenüber den betreffenden Völkern und falsch.“

<sup>14</sup> Vgl. Alain Gresh, „Einstürzende Denkgebäude“, Le Monde diplomatique, März 2011. In einer Rede am 19. März erklärte Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah: „Jede Unterstellung, dass Amerika diese Revolutionen fabriziert, lenkt, provoziert oder auslöst, ist ungerecht gegenüber den betreffenden Völkern und falsch.“

<sup>15</sup> Vgl. Alain Gresh, „Einstürzende Denkgebäude“, Le Monde diplomatique, März 2011. In einer Rede am 19. März erklärte Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah: „Jede Unterstellung, dass Amerika diese Revolutionen fabriziert, lenkt, provoziert oder auslöst, ist ungerecht gegenüber den betreffenden Völkern und falsch.“

<sup>16</sup> Vgl. Alain Gresh, „Einstürzende Denkgebäude“, Le Monde diplomatique, März 2011. In einer Rede am 19. März erklärte Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah: „Jede Unterstellung, dass Amerika diese Revolutionen fabriziert, lenkt, provoziert oder auslöst, ist ungerecht gegenüber den betreffenden Völkern und falsch.“

<sup>17</sup> Vgl. Alain Gresh, „Einstürzende Denkgebäude“, Le Monde diplomatique, März 2011. In einer Rede am 19. März erklärte Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah: „Jede Unterstellung, dass Amerika diese Revolutionen fabriziert, lenkt, provoziert oder auslöst, ist ungerecht gegenüber den betreffenden Völkern und falsch.“

<sup>18</sup> Vgl. Alain Gresh, „Einstürzende Denkgebäude“, Le Monde diplomatique, März 2011. In einer Rede am 19. März erklärte Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah: „Jede Unterstellung, dass Amerika diese Revolutionen fabriziert, lenkt, provoziert oder auslöst, ist ungerecht gegenüber den betreffenden Völkern und falsch.“

<sup>19</sup> Vgl. Alain Gresh, „Einstürzende Denkgebäude“, Le Monde diplomatique, März 2011. In einer Rede am 19. März erklärte Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah: „Jede Unterstellung, dass Amerika diese Revolutionen fabriziert, lenkt, provoziert oder auslöst, ist ungerecht gegenüber den betreffenden Völkern und falsch.“

<sup>20</sup> Vgl. Alain Gresh, „Einstürzende Denkgebäude“, Le Monde diplomatique, März 2011. In einer Rede am 19. März erklärte Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah: „Jede Unterstellung, dass Amerika diese Revolutionen fabriziert, lenkt, provoziert oder auslöst, ist ungerecht gegenüber den betreffenden Völkern und falsch.“

<sup>21</sup> Vgl. Alain Gresh, „Einstürzende Denkgebäude“, Le Monde diplomatique, März 2011. In einer Rede am 19. März erklärte Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah: „Jede Unterstellung, dass Amerika diese Revolutionen fabriziert, lenkt, provoziert oder auslöst, ist ungerecht gegenüber den betreffenden Völkern und falsch.“

<sup>22</sup> Vgl. Alain Gresh, „Einstürzende Denkgebäude“, Le Monde diplomatique, März 2011. In einer Rede am 19. März erklärte Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah: „Jede Unterstellung, dass Amerika diese Revolutionen fabriziert, lenkt, provoziert oder auslöst, ist ungerecht gegenüber den betreffenden Völkern und falsch.“



Jessica Backhaus, *Roses and Cables*, 2007, C-Print, 73,6 x 99 cm



Jessica Backhaus, Eternity, 2008, C-Print, 25,4 x 33 cm

## Geldspeicher China

► Fortsetzung von Seite 1

pa nämlich ein Embargo für duale (zivil und militärisch nutzbare) Technologien verhängt. Dieses Embargo möchte China beenden. Der Handel ist nur ein vorgeschobenes Argument, in Wirklichkeit will man Zugang zu diesen Spitzentechnologien erhalten.

Die Forderung von Amerikanern und Europäern, den Yuan aufzuwerten und die Handelsbeschränkungen aufzuheben, stoßen in Peking jedoch auf taube Ohren. Am 18. und 19. Februar fand in Paris die Sitzung der Finanzminister der G 20 statt. Am Vorabend erklärte Tang Jiaowei, Ökonom an der Universität von Shanghai: „Das Treffen in Paris wird nicht wie das Treffen im Plaza in New York enden.“ Dort hatten die USA im September 1985 durchgesetzt, dass Japan seine Währung aufwertete und seine Exporte freiwillig beschränkte. In den darauffolgenden drei Jahren war der Yen gegenüber dem Dollar um 100 Prozent gestiegen. Die japanischen Exporte sackten in den Keller, die Produktionsverlagerung ins Ausland (vor allem nach China) nahm zu – und die japanische Wirtschaft hat sich nie wieder davon erholt.

Ein solches Szenario fürchten auch die Chinesen. Deshalb haben sie Frankreich, die USA und den Internationalen Währungsfonds (IWF) abblitzen lassen, als die in Paris ihre Good-Governance-Kriterien durchsetzen wollten. Unterstützung bekam China aus Deutschland, dessen Erfolg vor allem auf dem Export beruht. Auch Deutschland widersetzte sich einer Deckelung der Exportüberschüsse. Der deutsche Handelsüberschuss liegt bei 6,7 Prozent des BIPs,<sup>5</sup> der chinesische lediglich bei 4,7. Grundsätzlich lehnt Peking jede Einmischung in seine Wirtschaftspolitik ab. Aus Angst vor rückläufigen Exporten und steigender Arbeitslosigkeit widersetzte es sich allen währungspolitischen Restriktionen. Bei seinem Besuch in Washington im Januar schob Hu Jintao den Schwarzen Peter an Präsident Obama zurück: „Die Geldpolitik der USA hat großen Einfluss auf die weltweite Liquidität und die Kapitalbewegungen. Die Dollarliquidität sollte also auf einem stabilen und vernünftigen Niveau bleiben.“<sup>6</sup>

Gemeint war die US-Zentralbank Fed, die die Notenpresse angeworfen und 600 Milliarden Dollar in die Wirtschaft gepumpt hatte, ohne beziehungsweise fast ohne dabei auch den sozialen Bereich zu berücksichtigen. Das waren die Ursachen der Krise von 2008: ungenügende Lohn- und Sozial-einkommen bei gleichzeitiger Anhäufung riesiger Kapitalmengen. Kaum ist die Krise vorbei, setzt Washington wieder die Geldpumpe in Gang. Die Folge ist noch mehr Ungleichheit.

Die Dollarflut heizt in Hochzinländern tatsächlich die Spekulation mit Staatsschulden an. Um den Schuldendienst zu gewährleisten, setzen Regierungen und IWF überall einen harten Sparkurs durch. Solange das Wachstum nicht in Gang kommt, fließt das Kapital außerdem in Rohstoffe (Gold, Erdöl, Kupfer und so weiter) sowie in landwirtschaftliche Produkte, deren Preise in die Höhe schießen. Das benehrtigt inzwischen sogar die Weltbank, die weitere Hungerrevolten fürchtet.

### Renminbi heißt Volkswährung

Darüber hinaus wandert das Kapital auch in Devisen und Börsenwerte. Die Staaten müssen intervenieren, um eine Aufwertung ihrer Währung zu verhindern, die den Export schwächt. Für Chinas Kampf gegen dieses „gefährliche Ungleichgewicht“ gibt es viel Sympathie sowohl in Asien – Japan, Malaysia, Südkorea und Taiwan haben schon unglaubliche Summen ausgegeben, um Dollar zu kaufen – als auch in Lateinamerika, wo Brasilien den Kapitalimport besteuert hat.

Konsequenterweise haben am Rande des Pariser G-20-Gipfels die Bräder (Brasilien, Russland, Indien, China) gemeinsam gegen die Normen protestiert, die man ihnen auferlegen wollte.<sup>7</sup> Bisher konnten die USA und ihre Verbündeten den Süden noch nicht gegen China auf ihre Seite ziehen. Trotzdem wissen die Chinesen, dass sie nicht auf ihren Positionen beharren können und einen Kurswechsel vornehmen müssen. Nach außen und nach innen.

Während China und Brasilien in Paris einen gemeinsamen Standpunkt gegenüber den reichen Ländern einnahmen, stritten sie sich in Brasilia über die Flut chinesischer Waren – es war sogar vom „Bikini-Krieg“ die Rede. Um in Währungsangelegenheiten mitbestimmen zu können, braucht Peking eine international anerkannte, konvertierbare Währung. Anders als die großen Geldgeber der Welt behaupten, muss deshalb nicht zwangsläufig Schluss sein mit der Kontrolle über die Wechselkurse.

Die Chinesen haben mit der Internationalisierung des Renminbi, wie der Yuan auch genannt wird, begonnen und einige Beschränkungen aufgehoben. Am 11. Januar 2011 haben sie die Möglichkeiten für Transaktionen in Yuan, die zuvor schon für Brasilien, Russland und einige ostasiatische Länder bestanden, auf die zentralasiatischen Staaten ausgeweitet.

Erstmalig erlaubte die chinesische Führung großen internationalen Konzernen wie McDonald's oder Caterpillar, Aktien direkt in Yuan an der Börse in Hongkong auszugeben. Gleichzeitig wurde allerdings die Möglichkeit für Ausländer eingeschränkt, Gewerbeflächen oder private Wohnungen zu kaufen. Damit will China die spekulative Geldströme eindämmen. „Wenn wir die Immobilienblase nicht kontrollieren und zulassen, dass eine Blase auf dem Aktienmarkt entsteht, während wir den Yuan einer freien Bewertung aussetzen, droht China ein massiver Zustrom von ausländischem Kapital“,<sup>8</sup> erklärte Deng Xiaohou, der stellvertretende Chef der Devisenaufsichtsbehörde.

Der Gouverneur der Zentralbank, Zhou Xiaochuan, wies darauf hin, dass der Yuan gegenüber dem Dollar seit Sommer 2010 um fast 4 Prozent gestiegen sei, was einem jährlichen Wachstum von 8 bis 10 Prozent entspreche. „Wir werden den Wechselkurs weiter anpassen“<sup>9</sup> – allerdings im chinesischen Tempo, das heißt in einem Tempo, das den chinesischen Aufschwung nicht gefährdet. Das Land muss jedes Jahr 9 Millionen Arbeitsplätze schaffen, um seine hinzukommenden Arbeitskräfte aufnehmen zu können. Anderer-

seits darf das rasante Wachstum nicht zu einer Überhitzung führen.

Die Regierung hat unverzüglich Maßnahmen ergriffen, um die Preisexplosion zu bekämpfen, von der insbesondere Lebensmittel betroffen sind, aber auch importierte Rohstoffe, deren Teuerung durch eine Aufwertung des Yuans teilweise ausgeglichen werden könnte. Die gegenwärtige Kurssteigerung kommt also zum richtigen Zeitpunkt, auch wenn sie die Exporte verteuert. Zum ersten Mal seit zehn Jahren ist der Handelsüberschuss 2010 um fast 7 Prozent gesunken, was auf eine gewisse Belebung des Binnenkonsums hinweist.

### Die Entdeckung des Binnenmarkts

Dennoch droht eine Kreditinflation. Um die Überhitzung der Investitionen und die Immobilienblase zu begrenzen, versucht die chinesische Führung, den Kredithahn zuzudrehen. Zum dritten Mal innerhalb von vier Monaten wurden die Zinsen und das vorgeschriebene Eigenkapital der Banken erhöht. Außerdem wurde eine Steuer für den Wiederverkauf von Wohnung erhoben, die nicht für die Eigennutzung vorgesehen sind.

Die Kehrtwende zu einem sparsameren und auf die Bedürfnisse des chinesischen Binnenmarkts gerichteten Modell erweist sich jedoch als schwierig. Die Veränderung wird laut Zhou „viel Zeit brauchen. Sie erfordert eine radikale Veränderung der Produktionsweise und eine entsprechende Ausbildung der Arbeiter. [...] So ein Zyklus dauert zehn Jahre.“<sup>10</sup>

Wer weiß, ob die Chinesen so lange warten wollen. Die Unzufriedenheit wächst, die Lohnkämpfe werden härter.<sup>11</sup> Die Empörung über die ungerechte Verteilung des Wohlstands erreicht Teile der Mittelschicht, die bisher mit ihrer eigenen Bereicherung beschäftigt war. Liu Junshen, Wissenschaftler an einem Institut, das dem Ministerium für Arbeit und soziale Sicherung untersteht, sorgte mit einem Artikel in der hochprofiligen *China Daily* für großes

Aufsehen. Unter der Überschrift „Höhere Löhne sind lebenswichtig für das Land“ kritisiert er die – trotz der produzierten Reichtümer – sinkenden Einkommen und die wachsende Ungleichheit. Er kommt zu der Schlussfolgerung: „Dieses Ergebnis passt nicht zum Ziel Chinas, eine harmonische Gesellschaft aufzubauen.“<sup>12</sup>

Einen offiziellen Kommentar gab es zu diesem Artikel natürlich nicht. Immerhin ließ Präsident Hu in eine Rede vor den Kadern der Kommunistischen Parteischule in Peking über den „Weg zu Harmonie und Stabilität“<sup>13</sup> auch eine Warnung einfließen: „Wir stehen an einem Punkt, wo zahlreiche Konflikte ausbrechen können.“ Auch der zwölfte Fünfjahrplan (2011–2015) zeugt von dieser Sorge. Seine Schwerpunkte sind Konsumsteigerung, Wohnungsbau, soziale Absicherung, Inflationsbekämpfung und Innovationen. Der Plan wurde dem Nationalen Volkskongress vorgelegt, der wie jedes Jahr im März getagt und ihn am 14. März erwartungsgemäß mit großer Mehrheit angenommen hat.

<sup>1</sup> Das BIP pro Kopf beträgt (kaufkraftbereinigt) in Japan 34000 Dollar und in Tunesien 9500 Dollar (2009). Siehe CIA, „The World Fact Book“.

<sup>2</sup> Zahlen aus den Statistiken der Welthandelsorganisation und der Weltbank.

<sup>3</sup> Geoff Dyer, „Beijing's elevated aspirations“, *Financial Times*, London, 11. November 2010.

<sup>4</sup> Ding Qinfeng, „US high-tech sanctions curbs cause of deficit“, *China Daily*, Peking, 16. Dezember 2010.

<sup>5</sup> Internationaler Währungsfonds, *World Economic Outlook*, Washington, Oktober 2010.

<sup>6</sup> Richard Mc Gregor, „Hu questions future role of US dollar“, *Financial Times*, 16. Januar 2011.

<sup>7</sup> Marie Visot, „G20: la fronde organisée des pays émergents“, *Le Figaro*, Paris, 7. Februar 2011.

<sup>8</sup> Gabriel Grésillon, „Yuan: la Chine broaille les pistes“, *Les Echos*, Paris, 17. November 2010.

<sup>9</sup> *People's Daily*, Peking, 21. Februar 2011; siehe auch: Dean Baker, „Die Angst des Dollars vor dem Yuan“, *Le Monde diplomatique*, April 2010.

<sup>10</sup> AFP, 18. Januar 2011.

<sup>11</sup> Siehe: Isabelle Thireau, „Streiks, Briefe und Belagerungen“, *Le Monde diplomatique*, Oktober 2010.

<sup>12</sup> „Raising workers' pay vital for country“, *China Daily*, Peking, 8. November 2010.

<sup>13</sup> „President Hu points way to harmony, stability“, *People's Daily*, 21. Februar 2011.

Aus dem Französischen von Claudia Steintz

# Gehem und gratis

Die chinesische Agentur Xinhua macht Nachrichten für die ganze Welt

von Pierre Luther

Seit ein paar Jahren setzt China verstärkt auf „Soft Power“. In etlichen afrikanischen Ländern, aus denen sich die ehemaligen Kolonialmächte mangels finanzieller Ressourcen oder politischen Interesses zurückgezogen haben, hat die Volksrepublik Kooperationsabkommen im Nachrichtengeschäft abgeschlossen. Dabei geht es offenbar eher um eine Imagekampagne als um den Profit. Die vor Ort eingerichteten Zweigstellen chinesischer Medien stellen ihren ausländischen Kollegen Agenturmeldungen, Radiosendungen und Artikel kostenlos zur Verfügung.

Am 1. Juli 2010 präsentierte die staatliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua („Neues China“) in Peking ihren neuen englischsprachigen Fernsehsender CNC World, der über Kabel, Satellit, Internet und Handy empfangen werden kann und dessen journalistisches Ziel, so Direktor Li Congjun, der „globale Blick aus chinesischer Perspektive“ sei. In Konkurrenz zu den weltweiten Nachrichtennetzen von CNN (USA) und BBC (Großbritannien) soll CNC World von allen Kontinenten berichtet, angereichert durch Informationen aus japanischen, russischen, portugiesischen, arabischen und französischen Zeitungen.

Bereits im Januar 2009 hatte die chinesische Führung angekündigt, in die Nachrichtenagentur Xinhua, die Staatssender China Central TV (CCTV) sowie in *People's Daily*, die englischsprachige Ausgabe der *Renmin Ribao* („Tageszeitung des Volkes“), insgesamt 6 Milliarden Dollar zu investieren. Das Geld sollte vor allem dazu dienen, Chinas Image im Ausland zu verbessern und Peking mehr Gehör zu verschaffen.

Alle drei Medien unterstehen dem chinesischen Staatsrat. Im Unterschied zu westlichen öffentlich-rechtlichen Sendern, in deren Belange sich die Politik bekanntlich auch manchmal einmischt, folgt die redaktionelle Linie der chinesischen Staatsmedien einzig und allein den Vorgaben der Zentralregierung. Deren Ziel ist es, auf allen Nachrichtenmärkten der Welt mitzumischen, um ihre Informationen und ihre Version der Geschehnisse zu verbreiten – ohne viel Rücksicht auf die Kosten.

In vielen afrikanischen Ländern ist immer noch das Radio die wichtigste Informationsquelle. Am 27. Februar 2006 weihte der staatliche Auslandsrundfunk Radio China International (RCI) in der kenianischen Hauptstadt Nairobi, wo seit 1987 die afrikanische Zentrale von Xinhua sitzt, seine erste Auslandsrundfunkstation ein. 5000 Kilometer von Peking entfernt werden hier über UKW Programme auf Chinesisch, Englisch und Swahili gesendet. An die hundert weitere Auslandsstationen sollten in den folgenden fünf Jahren eingerichtet werden, und zwar sowohl in afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern als auch in Europa und den USA.

Bei der Eröffnungsfeier in Nairobi versprach RCI-Intendant Wang Gengnian, die Sendequalität zu verbessern und die Programme hörerefreundlicher zu gestalten. Man wolle ein modernes Medium schaffen, ein Radio, das über Funk und Internet zum „Kommunikationsfenster“ zwischen China und dem Ausland werde: „Die ganze Welt soll China besser kennen und verstehen lernen.“ Und umgekehrt sollen auch die chinesischen Hörer die Welt kennenlernen.<sup>1</sup>

Im August 2010 installierte RCI weitere Stationen in Dakar (Senegal) und Niamey (Niger), die Programme auf Französisch, Chinesisch sowie in mehreren Lokalsprachen ausstrahlen. Brüsseler Xinhua-Korrespondenten informieren die Afrikaner über die EU-Politik. Auch innerafrikanische Nachrichten werden über Xinhua-Zweigstellen verbreitet. So versorgt die Agentur die Kameruner mit Informationen über die Lage im Tschad, die Kongolesen über die Revolution in Tunesien, die Simbabwe über die Entwicklungen in Senegal, die Bevölkerung von Benin über die Ereignisse in Ägypten und so weiter.

Pekings mediale Kooperationen sind natürlich nicht ganz uneigennüt-

zig. Auf diese Weise bekommt die chinesische Perspektive, zu der auch Pekings „pragmatische“ Entscheidung gehört, sich im UN-Sicherheitsrat bei den Darfur-Resolutionen gegen den Sudan zu enthalten,<sup>2</sup> in der Region ein gewisses Gewicht. Chinesische Nachrichten gehören inzwischen zum politischen Alltag in Afrika, im Nahen Osten und in den meisten Entwicklungsländern in Asien und Südamerika.

## Radio China sendet in Afrika

Als der damalige chinesische Präsident Jiang Zemin in seiner Eröffnungsrede zum ersten Forum der chinesisch-afrikanischen Zusammenarbeit (Forum on China-Africa Cooperation, Focac) am 10. Oktober 2000 das Schlagwort von der „Süd-Süd-Kooperation“ prägte, machte er deren Vorzüge deutlich: „Weder darf ein Staat seine Gesellschaftsordnung oder Weltanschauung anderen Ländern aufrängen noch unpassende Bemerkungen über deren innere Angelegenheiten machen.“<sup>3</sup> Mit anderen Worten: Ratschläge in puncto Menschenrechte, Korruption, Umweltstandards oder Arbeitsschutz sind zu unterlassen.

Vielmehr solle man „zum Aufbau einer harmonischen Welt in dauerhaftem Frieden und allgemeinem Wohlstand beitragen“,<sup>4</sup> riet Präsident Hu Jintao den 300 Journalisten aus mehr als 170 Ländern, die im Oktober 2009 zum Weltmediengipfel der Agentur Xinhua nach Peking angereist waren.

Jintaos harmonische Welt wird in der Tat gerade erschaffen: von einer großen Schar kleiner Angestellten im Dienst des Staats. Journalistische Kompetenz spielt eine eher untergeordnete Rolle. Was zählt, ist Regimetreue. Auf allen Kontinenten stationiert, sind die Staatsjournalisten zugleich Agenten

und Vertreter des Imperiums, Förderer der „für beide Seiten gewinnbringenden Zusammenarbeit“ und Sprachrohre der KP-Führung.

„Wenn du willst, dass die Journalisten zu deiner Pressekonferenz kommen, musst du ihnen ein Geschenk machen.“ Ahmadou leitet einen Verein in Bamako und ist wenig darauf erpicht, dass sein richtiger Name genannt wird. Er spielt auf die Geldumschläge in den Pressemappen an. Wenn sich Journalisten in Afrika akkreditieren oder für ein Interview anmelden, werden sie stets nach ihren Honorarvorstellungen gefragt.

In der afrikanischen Presselandschaft sind solche Praktiken genauso gang und gäbe wie die fließenden Grenzen zwischen redaktionellen Beiträgen und Werbung. Für die Veröffentlichung von Schwerpunktbereichen kaufen Unternehmen ganze Anzeigenseiten, die Auflage wird künstlich erhöht und sogenannte Exklusivinterviews dienen im Grunde nur der PR.

Im September letzten Jahres protestierten die Journalistenverbände in Niger und Senegal gegen solche Win-win-Deals (andere würden vielleicht von Korruption sprechen). Sie erinnerten einerseits die Zeitungsverleger an ihre Arbeitgeberpflichten und forderten andererseits Politik und Wirtschaft auf, die Zuwendungen an Journalisten (in Form von Spesen) zu unterlassen.

Das von den Berufsverbänden monierte Gebahren ist in den ehemaligen französischen Kolonien zum Teil auch eine Hinterlassenschaft des alten Frankreichs, wo die unabhängigen Medien an einer Hand abzuzählen wären. Doch nun tritt an die Stelle des undurchsichtigen Geflechts französisch-afrikanischer Beziehungen ein anderes, nicht weniger undurchsichtiges namens Chinafrage. Heute sind die Menschen in Afrika der Dauerberieselung durch die Nachrichtenagentur Xinhua

ausgesetzt, die in Afrika über 10000 Mitarbeiter beschäftigt, davon ungefähr 1500 Korrespondenten.

Beste Beziehungen zu China pflegt zum Beispiel Togo, dessen staatliches Nachrichtenportal seit 2007 von Xinhua bestückt wird. Die Agentur hat ähnliche Abkommen mit Tunesien, Marokko, Algerien, Kamerun, Kongo, Gabun, Burundi, Syrien, Ägypten und vielen anderen Ländern geschlossen, in denen sie inzwischen zu einer der wichtigsten Informationsquellen geworden ist.

Insgesamt versendet Xinhua etwa 1000 Meldungen pro Tag in sieben Sprachen (Chinesisch, Englisch, Französisch, Spanisch, Arabisch, Russisch und Portugiesisch) an seine Abonnenten in aller Welt. Die Nachrichtenagentur übermittelt auch Artikel und Reportagen an Zeitungen in 150 Ländern, tauscht Fotos mit anderen Presseagenturen aus und liefert ihren Kunden einen kompletten Informationsservice. Auch Fernsehbilder und Radioreportagen gehören inzwischen zum Austauschprogramm. Allerdings geht es weniger darum, dass Informationen aus den verkümmerten afrikanischen oder arabischen Medien die Leser und Hörer in China erreichen, sondern dass Peking über die afrikanischen Kanäle seine Sicht der Dinge verbreiten kann.

## Die ehemalige Rote Informationsagentur

Während Afrika bislang in westlichen Zeitungen praktisch keine Rolle spielte – außer bei Naturkatastrophen oder wenn Diktatoren stürzen –, steht der Kontinent auf der französischen Webseite von Xinhua an dritter Stelle nach den Rubriken China und Welt. Erst danach folgen Wirtschaft, Kultur, Sport, Gesellschaft und Gesundheit.

Im August letzten Jahres eröffnete *People's Daily* ein Büro in der nigeriani-

schen Hauptstadt Abuja. Auf seiner Website finden sich seitdem neben Artikeln über Politik und Wirtschaft auch sämtliche Fußballergebnisse. Die Zeitung pflegt ihre afrikanischen Freundschaften und sucht die Zusammenarbeit in einem Klima „der Ebenbürtigkeit und des gegenseitigen politischen Vertrauens, getragen von beiderseitigen wirtschaftlichen Erfolgen und dem interkulturellen Austausch“. So stellte es jedenfalls der damalige Leiter der Propagandaabteilung und Politbüromitglied Liu Yunshan dar, als er im September 2007 in Peking 40 Pressevertreter aus Afrika empfing.

Mit den häufigen Einladungen von Journalisten und auch Staatsbeamten aus Afrika sollen wertvolle Verbindungen gewonnen und persönliche Beziehungen aufgebaut werden. Solche Kontakte könnten sich als nützlich erweisen, wenn es wieder einmal darum geht, Proteste gegen die Arbeitsbedingungen in chinesischen Unternehmen einzudämmen.

Die 1959 gegründete senegalesische Presseagentur APS ist der Internationalen Organisation der Frankophonie (OIF) zufolge die meistgenutzte Nachrichtenquelle in den französischsprachigen Ländern Westafrikas. Ihre Partner sind die International Islamic News Agency (IINA) aus Saudi-Arabien (das Presseorgan der Weltislamkonferenz), die Konrad-Adenauer-Stiftung und – seit kurzem – auch die Agentur Neues China, Xinhua News.

Auch private Anbieter werden von Peking bedacht: Im Oktober 2009 überreichte die chinesische Botschaft in Dakar der Afrikanischen Presseagentur (APA) – der wichtigsten privaten Nachrichtenagentur des Kontinents mit Sitz in Dakar – ein Geschenk im Wert von 6 Millionen CFA-Francs: eine Fernsehkamera und ein Freiabonnement für die chinesischen Dienste.

Xinhua, die vor der Gründung der Volksrepublik im Jahr 1949 Rote Informationsagentur hieß, ist keine gewöhnliche Presseagentur. In China nennt man sie „Ohren, Augen, Hals und Zunge der Partei“.<sup>5</sup> Xinhua besitzt das Monopol über die Nachrichtenverbreitung, sie ist gleichrangig mit den Ministerien und steht in direkter und vollständiger Abhängigkeit von der Regierung. Im Gegensatz zu den weltweit aktiven Agenturen Agence France Presse (AFP), Reuters und der amerikanischen Associated Press (AP) muss sie keine Profite erwirtschaften – sie spielt daher vor allem eine strategische Rolle.

Während AFP mit 110 Büros und 50 Korrespondenten in 165 Ländern operiert, Reuters über ein Netz von fast 150 Korrespondenten verfügt und AP in 72 Ländern stationiert ist, besaß Xinhua 2009 schon 100 Korrespondentenbüros, im Juli 2010 waren es 130. Laut *Newsweek* sollen zukünftig 200 Auslandsbüros mit etwa 6000 Journalisten eingerichtet werden.<sup>6</sup>

Dieses beeindruckende Aufgebot wird die Leser und Hörer in aller Welt vielleicht nicht unbedingt mit garantiert vertrauenswürdigen Informationen versorgen, doch es hilft der chinesischen Führung, über die Entwicklungen im Ausland stets bestens informiert zu sein. Und schließlich müssen auch die Partner in Afrika und anderswo über die „gemeinsamen Interessen“ auf dem Laufenden gehalten werden.



Jessica Backhaus, *World #21*, 2010, C-Print, 86 x 122 cm

<sup>1</sup> Siehe [german.cri.cn/401/2007/01/04/1@649-85.htm](http://german.cri.cn/401/2007/01/04/1@649-85.htm).

<sup>2</sup> Siehe [www.focac.org/eng/lttda/dyjbzjhy/SP120-09/1606804.htm](http://www.focac.org/eng/lttda/dyjbzjhy/SP120-09/1606804.htm). Die Süd-Süd-Kooperation Ibsa (zwischen Indien, Brasilien und Südafrika) hingegen hält China auf Abstand. Siehe Francois Danglein, „Musketeere des Südens“, *Le Monde diplomatique*, Februar 2011.

<sup>3</sup> „Chinese President Calls On Media to Contribute to Harmonious World“, in: *People's Daily Online*, 9. Oktober 2009, [english.people.com.cn/90001/90776/90883/6778865.html](http://english.people.com.cn/90001/90776/90883/6778865.html).

<sup>4</sup> Heyuan Wang und Au-Yeung Annie, „A quoi servent les publications internes de l'agence Xinhua?“, in: *Perspectives chinoises*, Hongkong, Nr. 5–6, 1992, S. 10–16.

<sup>5</sup> Isaac Stone Fish und Tony Dokoupil, „All the Propaganda That's Fit to Print“, in: *Newsweek*, 3. September 2010.

<sup>6</sup> *Aus dem Französischen von Sabine Jainski*

Pierre Luther ist Journalist.

# Verdammt richtig, sagte ich

Die Memoiren des George W. Bush

von Eliot Weinberger

Ende der 1960er Jahre war George Bush junior in Yale und versohnte Kandidaten, die seiner Studentenverbindung Delta Kappa Epsilon beitreten wollten, mit einem heißen Kleiderbügel den nackten Hintern. Zur gleichen Zeit lehrte Michel Foucault am neu gegründeten Département de Philosophie an der Universität Paris VIII und schrieb seinen berühmten Vortrag über die Frage: „Was ist ein Autor?“

Bush Jr. und Foucault sind sich nie begegnet. Der Philosoph mag auf einer seiner Vortragstourneen auch in Texas vorbeigekommen sein, aber Junior ist seinen Sadomaso-Gelüsten, soweit bekannt, nur in seinen Universitätsjahren nachgegangen (ein Romanschreiber wird also eine zufällige Begegnung in einer Kellerbar in Austin erfinden müssen).

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Ahnungslosigkeit des Juniors – von Profisport abgesehen – natürlich auch auf das Land namens Frankreich erstreckte. Erst 2002 schaffte er es nach Paris, wo er – inzwischen US-Präsident – bei einer Pressekonferenz über den neben ihm stehenden Jacques Chirac sagte: „Er sagt, das Essen hier sei fantastisch, heute Abend werde ich ihm die Gelegenheit bieten, mir das zu beweisen.“

Foucault fand seine Theorien – mehr oder weniger überzeugend – in Schriftstellern wie Proust oder Flaubert verkörpert. Der Philosoph starb 1984, als Junior noch ein – inzwischen älterer – Verbindungsstudent war. Das Buch mit dem Titel „Decision Points“ bekam Foucault also nicht mehr zu Gesicht, was schade ist, weil der Text auszeichnet zu seiner Theorie passt. Denn die Fragen, die er schon 1969 für hoffnungslos überholt erklärt hatte, sind exakt die, die man sich bei dem Buch „von“ George W. Bush nicht stellen sollte: „Wer spricht hier eigentlich? Spricht tatsächlich er selbst und nicht jemand anders? Worin besteht seine Authentizität oder Originalität? Und welcher Teil seines tiefsten Inneren kommt in seinem Diskurs zum Ausdruck?“

Zwischen „Decision Points“ und George W. Bush besteht dasselbe Verhältnis wie zwischen einer Parfum-Serie und dem Filmstar, dessen Namen sie trägt. Der Expräsident war zweifellos als Berater an der Entstehung des Textes beteiligt, aber die Sätze haben andere verfasst: sein junger Redenschreiber und treuer Schildknappe Chris Michel, der seit seinem Yale-Studium mit Bushs Tochter Barbara befreundet ist; der junge freischaffende Lektor Sean Desmond, die Mitarbeiter des Verlags Crown Publishing (der für das Buch 7 Millionen Dollar gezahlt haben soll); ein ganzes Team von Rechercheuren und schließlich etliche vertrauenswürdige Freunde. Foucault: „Was ist denn so wichtig an der Frage, wer da spricht?“ Schließlich zeichnet den Autor nur „die Einzigartigkeit seiner Abwesenheit“ aus.

„Decision Points“ ist ein postmoderner Text: Viele Passagen stammen aus anderen Büchern, erzählen Szenen, die Bush gar nicht selbst erlebt hat, sind den Memoiren anderer Regierungsmitglieder oder journalistischen Darstellungen entnommen. Zum Beispiel Bob Woodwards Büchern „Plan of Attack“ und „Bush at War“. Der postmoderne Kreis schließt sich mit Dialogen, die von dem für seine erfundenen Dialoge berühmten Woodward abgekupfert sind.

Hier und da hat das Autorenteam lyrische Formulierungen beige-steuert – beispielsweise als am 11. September 2001 Tränen die verrufenen Gesichter der Rettungskräfte „durchfurchten wie Bäche eine Wüste“ – aber ansonsten liest sich diese Prosa in weiten Teilen wie folgt: „Ich sagte Margaret und dem Vizegeneralstabschef Josh Bolten, dass ich das für eine weitreichende Entscheidung halte. Ich schlug vor, diese nach folgendem Verfahren zu treffen: Zunächst würde ich meine Leitlinien darlegen, dann alle Experten mit ihren unterschiedlichen Meinungen anhören, dann einen vorläufigen Beschluss fassen und diesen mit einigen klugen Leuten durchsprechen. Meine endgültige Entscheidung würde ich dann dem amerikanischen Volk darlegen. Zum Abschluss würde ich ein Verfahren festlegen, das sicherstellt, dass meine Politik umgesetzt wird.“ So geht das über knapp 500 Seiten. Man ist an Kenneth Goldsmith und sein „unkreatives Schreiben“ erinnert, an die protokollierten Radio-Wetterberichte eines ganzen Jahres – das Schreiben hat sich „von seinem Gegenstand befreit“ (Foucault).

Die Managersprache versteht unter „Decision Points“ die Faktoren, die bedacht werden müssen, bevor man eine Entscheidung trifft (in PowerPoint-Präsentationen sind diese Punkte meist als kleine Patronen dargestellt). Im Buch „Decision Points“ gibt es aber keine solchen Entscheidungen. Entgegen der oben erwähnten Absicht hält Bush nie inne, um irgendetwas zu bedenken. Er ist der Entscheider, der spontan und „scheidung“ handelt, und zwar stets mit dem Anspruch auf „moralische Klarheit“.

In der gruseligsten Zeile des Buches darf Bush sogar zugeben, dass sein Motiv für die Invasion in Afghanistan und im Irak einfach nur Rache war –

ein emotionaler Impuls, den wir uns bei einer weltpolitischen Führungsfigur mit Zugang zu Atomwaffen als Allerletztes wünschen. Und zu 9/11 sagt er: „Mir kochte das Blut. Wir wollten herausfinden, wer das getan hat, und ihnen in den Arsch treten.“

Tatsächlich haben die „Decision Points“-Autoren einen Raum geschaffen, in den „das schreibende Subjekt ständig entschwinden“ (Foucault) kann. Über George W. Bush erfährt man in dem Buch so gut wie nichts. Hunderte anderer Leute werden genannt – und fast durchweg gelobt, als wäre das Buch eine überlange Dankesrede –, aber nicht ein einziger Mensch außerhalb der Bush-Familie wird als Person lebendig. Jede neue Figur wird mit einem einzigen Satz eingeführt, der einen oder mehrere der folgenden Punkte enthält: 1) texanische Abstammung; 2) Leistungen als College-Sportler; 3) Wehrdienst; 4) tief religiös. Und stets endet der Satz mit drei persönlichen Merkmalen wie: „ehrlieh, moralisch und geradlinig“; „klug, bedächtig, energisch“ (zu Condi Rice); „kenntnisreich, wortmächtig und selbstsicher“ (zu Donald Rumsfeld); „klug, prinzipienfest, menschlich“ (zu Supreme-Court-Richter Clarence Thomas) und so weiter. Die so charakterisierte Person tut anschließend, was immer Bush zu tun befiehlt.

Bush ist der einzige Held dieses Buches, auf jeder Seite. Ihm werden, über die offiziellen Reden und Presseerklärungen hinaus, ein paar Sätze in den Mund gelegt, fast immer tritt er energisch und souverän auf, ist empört über die Fehler seiner Un-

setzentwurf über „gesunde Wälder“ (der Urwaldgebiete für die Holzindustrie erschließen sollte); der Clear Sky Act (der die Grenzwerte für Luftverschmutzung heruntersetzte), die New Freedom Initiative (nach der alle US-Bürger auf Geisteskrankheiten getestet werden sollten), und die in den Nationalparks verkauften Broschüren, in denen die Entstehung des Grand Canyon auf die Sintflut zurückgeführt wird, sowie die vom Gesundheitsministerium in Auftrag gegebenen Forschungen über die Frage, ob Krebs durch Beten gehilt werden kann.

Des Weiteren kommen in dem Buch nicht vor: der Tod des Footballstars Pat Tillman durch „friendly fire“ in Afghanistan; die erfundene Rettung der Gefreiten Jessica Lynch in einem irakischen Krankenhaus; die Cheney-Theorie von der „einheitlichen Exekutive“, die im Wesentlichen besagt, dass der Präsident in seinem Handeln weder durch den Kongress noch durch die Gerichte eingeschränkt ist.

Erstaunlich ist auch, dass wichtige Figuren der Bush-Welt wie Paul Wolfowitz, Richard Perle, Ahmed Chalabi und Richard Armitage gar nicht oder nur am Rande erwähnt werden. Condi und Colin Powell spielen Nebenrollen, und Rummy tritt nur sporadisch und schemenhaft auf. Das eigentliche schwarze Loch im ganzen Buch ist jedoch der große Strippenzieher Dick Cheney, der für den Strohmannpräsidenten Bush als Regierungschef agierte. In „Decision Points“ hält er sich fast immer – wie während seiner realen Amtszeit –

mich Dick ganz direkt: „Wirst du diesen Burschen erledigen oder nicht?“ Damit wollte er sagen, dass die Zeit der Diplomatie abgelaufen sei. Ich mochte Dicks unverblümte Ratschläge. Ich sagte ihm, es sei noch nicht so weit. „Okay, Mister President, das ist ihr nächster Job“, erwiderte Cheney, und dann folgte einer seiner Lieblingssätze. „Dafür kriegen Sie schließlich die viele Kohle“, sagte er mit einem milden Lächeln.“

Cheney's Rolle durften die Textbastler zusammenschneiden. Die große Überraschung ist jedoch ein Nebendarsteller: Vater Bush. Nun wissen wir alle schon längst viel zu viel über die Dramen der Familie Bush: Der Dad war Mitglied der berühmten Phi-Beta-Kappa-Verbindung in Yale und ein gefeierter College-Sportler. Sein Junior war an derselben Uni, aber nur ein mittelmaßiger Toppatscher, der es nie ins Team geschafft hat und sich mit der Rolle des Cheerleaders begnügen musste. Dad war ein Fliegerheld des Zweiten Weltkriegs (obwohl ihn Leute außerhalb seines engsten Freundeskreises für einen Feigling halten, aber das ist eine andere Geschichte). Von der militärischen Karriere des Juniors ist vor allem bemerkenswert, dass er aus nie geklärten Gründen seine Fliegerausbildung bei der Texas Air National Guard abgebrochen hat. Dad war im Ölbusiness erfolgreich; Junior verlor ein Vermögen mit dem Kauf trockener Ölquellen und musste immer wieder von Dads Freunden vor dem Bankrott gerettet werden. Als ausgerechnet das schwarze Schaf der Familie, dieser Loser, Präsident der USA wurde – und nicht sein dafür ausgebildeter und ausersehener Bruder Jeb –, holte er sich mit Cheney und Rumsfeld bewusst zwei auftrumpfende amerikanische Unilateralisten dazu, die sein diplomatischer Vater nicht ausstehen konnte.

Viele Beobachter sahen in Juniors Obsession, Saddam Hussein zu erledigen – anders als im Buch dargestellt war sie vom ersten Tag seiner Amtszeit an unüberschaubar –, eine Reaktion auf das angebliche „Versäumnis“ seines Vaters, im Februar 1991 am Ende des ersten Golfkriegs nach Bagdad zu marschieren. Dabei hat sich 2003 selbst Dads bester Freund – und ehemaliger Sicherheitsberater – Brent Scowcroft öffentlich gegen den bevorstehenden Irakkrieg gestellt. Für den Junior war dies während seiner Amtszeit ein heikles Thema, und auf die Frage, ob er den Rat seines Vaters suchte, antwortete er mit dem berühmten Satz: „Ich frage nur meinen Vater im Himmel um Rat.“

Erstaunlicherweise kommt Dad nun in Juniors Buch andauernd vor. Untenwert versichern sich Vater und Sohn, wie stolz sie aufeinander sind und wie unverbrüchlich sie sich lieben. Das Autorenteam fühlte sich sogar bemüht, die Worte des Papas an den Junior nach dessen zweiter Wahl zum Präsidenten (eigentlich war es ja die erste) in voller Länge zu zitieren: „Congratulationen, son.“ Der ganze Mix aus Frömmigkeit, Patriotismus, Familiensinn und Selbstverherrlichung wird am besten in der folgenden dramatischen Szene deutlich, die für das Buch vielleicht die typischste ist: „Bei einer Weihnachtsfeier an Heiligabend stand ich neben Mutter und Vater, als der Militärgeistliche der Marine zu uns trat. Er sagte: ‚Sir, ich komme gerade aus Wilford Hall in San Antonio, wo die verwundeten Soldaten liegen. Ich habe den Jungs gesagt, dass ich Sie heute Abend sehe und ob sie eine Botschaft für den Präsidenten hätten.‘ Und dann fuhr er fort: ‚Sie sagten: Bitte sagen Sie dem Präsidenten, dass wir stolz sind, einem großen Land zu dienen, und dass wir stolz sind, einem großen Mann wie George Bush zu dienen.‘ Dad stieg die Tränen in die Augen.“

Kleiner Exkurs: Mag sein, dass Militärgestaltliche so gestelzt daherreden, aber es fällt doch auf, dass in diesem Buch ziemlich viele Szenen vorkommen, in denen erwachsene Männer – die meisten in Uniform – zu weinen anfangen, wenn sie Bush reden hören. Der ganze Text erinnert – vielleicht weil er auf ein bestimmtes Publikum zielt – stark an Country- oder Westernmusik: Seine Helden machen große Sprüche, um im nächsten Moment in Tränen auszuberechen.

Mutter Bush hingegen – an keiner Stelle Mom genannt – haut immer wieder mit trockenen Kommentaren dazwischen. Als der Junior – schon in seinen mittleren Jahren – einen Marathonlauf bestreitet, kommen Mother und Dad aus der Kirche, woher sonst. Auf den Eingangsstufen stehend rief der Papa stolz: „Da läuft mein Junge!“ Während Mutter Bush ihn anfeuert: „Halt durch, George! Vor dir sind ein paar Fettsäcke!“

Als Junior sich entschloss, für das Gouverneuramt in Texas zu kandidieren, erklärte Mutter Bush kurz und bündig: „George, du kannst nicht gewinnen.“ Nicht zitiert wird dagegen ihr unvergesslicher Kommentar zum Irakkrieg: „Warum sollen wir uns die Berichte über Leichensacke und Tote anhören? Warum soll ich meinen schönen Verstand auf so etwas verschwenden.“

Das bemerkenswerteste Detail im ganzen Buch ist jedoch die folgende bizarre Szene: Mutter Bush hatte zu Hause eine Fehlgeburt und bittet den halbwegsigen Sohn, sie ins Krankenhaus zu



Jessica Backhaus, Yellow Trolley, 2008, C-Print, 25,4 x 33 cm

tergebenen. Einige Beispiele: – „Was zum Teufel geht hier vor?“, fragte ich in der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats Ende April.“ – „Warum stoppt niemand diese Plünderer?“ – „Wir müssen herausfinden, was er weiß, wies ich das Team an. ‚Wie sehen unsere Optionen aus?‘“ – „Verdammt richtig“, sagte ich.“ – „Wo zum Teufel ist Ashcroft?“, fragte ich.“ – „Wir werden selbstbewusst und geduldig, kühl und beharrlich bleiben“, sagte ich.“ – „Daraufhin sagte ich zu meinen Beratern: ‚Ich habe diesen Job nicht annehmen, um mich zu verstecken.‘“ – „Wir haben keine 24 Stunden Zeit“, blaffte ich zurück, ‚wir haben schon zu lange gewartet.‘“

Dazu Foucault. „Der Name des Autors dient dazu, eine bestimmte Art des Diskurses zu charakterisieren.“

Dieses Buch ist eine Chronik der Bush-Ära, in der vieles fehlt: das Wort Terroralarm und die Umbenennung von French Fries in „Freedom Fries“ (weil Paris im UN-Sicherheitsrat gegen den Irakrieg gestimmt hat); die Firma Halliburton (der Vizepräsident Cheney verbunden war) und der Ge-

heimen Orten versteckt. Er taucht nur auf ganz wenigen Seiten auf, als eines von vielen Mitgliedern des Bush-Teams. Die Botschaft ist klar: Washington war zu klein für zwei Entscheider.

In diesem dicken Buch ist Cheney's Präsenz nur zweimal wirklich zu spüren. Als der Präsident sich weigert, seinem Stabschef Scooter Libby Straffreiheit zu gewähren<sup>3</sup>, beschwert sich sein Vize mit den Worten: „Ich kann nicht glauben, dass Sie einen Soldaten auf dem Schlachtfeld aufgeben.“ (Diese Szene ist allerdings einem Zeitungsartikel entnommen, wo der Satz nicht Cheney, sondern einem anonymen Mitarbeiter zugeschrieben wird und auch nicht direkt an Bush gerichtet ist.)

An einer anderen Stelle ahnt man, mit welchem Gesick Cheney bei Bush den Macho-Knopf zu drücken verstand: „Dick Cheney war über die langsamen Fortschritte auf diplomatischer Ebene nicht glücklich. Er gab zu bedenken, dass Saddam Hussein die Zeit nutzen könnte, um Waffen zu produzieren und zu verstecken oder einen Angriff vorzubereiten. Bei einem unserer wöchentlichen Mittagessen im Winter 2002 fragte

fahren. Im Auto zeigt sie ihm dann den Fötus seines Geschwisterchens, den sie aus irgendeinem Grund in ein Konservenglas gesteckt hat. Bush behauptet, in diesem Moment zum Pro-Life-Anhänger geworden zu sein, der sich kompromisslos gegen Abtreibungen und später auch gegen die Forschung mit embryonalen Stammzellen wendet. Auf die Idee wäre Mutter Bush allerdings nicht gekommen: In den frühen 1960er Jahren waren republikanische Patrizier wie die Bushs entschieden für Empfängnisverhütung und Geburtenkontrolle, schon weil sie nicht wollten, dass die ungewaschenen Arbeitermassen sich vermehren wie die Kaninchen. Dad war sogar im Vorstand der texanischen Sektion der „Planned Parenthood Federation of America“.<sup>5</sup>

„Decision Points“ verwischt die Grenze zwischen Fiction und Non-Fiction und gibt sich damit als postmoderner Text zu erkennen. Was bedeutet, dass die Passagen, die nicht glatt gelogen sind (was insbesondere für die Darstellung des Hurrikans „Katrina“ und der Vorgeschichte des Irakkriegs gilt), nur die Sonnenseite einer Halbwahrheit abbilden. Inzwischen haben Legionen investigativer Amateurjournalisten eine Liste dieser Lügen zusammengestellt, wobei sie wie gewohnt die Arbeit tun, die in den großen Medien keiner mehr leistet. Und Gerhard Schröder hat bereits angemerkt, dass die Passage, in der er auftaucht, völlig falsch ist.<sup>6</sup> Ähnlich hat sich sogar Mutter Bush geäußert. In einem CNN-Interview am 23. November 2010 stellte sie klar, dass sie Junior das Glas mit dem Fötus nie gezeigt habe, das habe vielmehr „Paula“ getan – als wüssten wir alle, wer Paula war, nämlich ihre damalige Haushälterin –, und sie selbst sei darüber schockiert gewesen.<sup>7</sup>

Überhaupt hat der Decision-Point-Bush (DPB) nur wenig Ähnlichkeit mit dem George W. Bush (GWB), den wir in Erinnerung haben. Der DPB brütet unentwegt über dicken Akten; GWB dagegen wollte mündlich vorgetragene Kurzberichte. Rumsfeld, der wusste, mit wem er es zu tun hatte, präsentierte seinen täglichen Lagebericht mit einem Hochglanzdeckblatt, auf dem ein aufregendes Foto aus dem Kampf abgebildet war, nebst inspirierendem Bibelspruch. Der DPB verweist ständig auf seine Lieblingsbücher und behauptet, als Präsident jede Woche zwei gelesen zu haben. GWB stand im Ruf, Legastheniker zu sein, und hat außer „dem Buch der Bücher“ kein anderes gelesen (ähnlich wie sein Gegenspieler, der andere misstratene Sohn aus reichem Hause namens Ussama Bin Laden). Von GWB weiß man, dass er bei internen Meetings nie Fragen stellte, aber der DPB behauptet: „Ich lerne am besten durch Fragen. Zuweilen frage ich nach, um einen komplexen Sachverhalt zu erfassen. Manchmal will ich durch Fragen auch das Wissen meiner Mitarbeiter testen. Wenn sie nicht knapp und in einfachem Englisch antworten können, habe ich sofort den Verdacht, dass sie das Thema vielleicht nicht voll im Griff haben.“

Der DPB arbeitet unentwegt daran, dass die freie Welt frei bleibt; GWB verbrachte seine Zeit gern im Fitnessstudio des Weißen Hauses und hat öfter Ferien gemacht als alle Präsidenten vor ihm. Der 29-jährige DPB reist nach Peking, um seinen Dad zu besuchen, der damals Französischer in China war, sinniert dabei über die Britische und die Oktoberrevolution und kommt zu bedeutenden Einsichten über Freiheit und Gerechtigkeit; der reale GWB sagte seinerzeit, er fahre nach Peking, „um chinesische Frauen zu treffen“.

Im Buch ist der postmoderne Bush – wie im wirklichen Leben auch – ein Simulacrum, ein Als-ob: ein Spross der Ostküstenaristokratie, der den texanischen Cowboy gibt, obwohl er nicht reiten kann und auf einer Ranch ohne Kinder lebt. Am glücklichsten war und ist er im Kreis von Erfolgsmenschen aus den drei Bereichen, in denen er selbst ein klarer Versager war: Sport, Militär und Business. Wie ein Fußballfan, der im Trikot seines Vereins ins Stadion geht. Mehrfach ist die Rede von seinem „Militärdienst“ – der bestand in Wirklichkeit in monatlichen Versuchen, sich davor zu drücken.

Er war der einzige US-Präsident der Moderne, der öffentlich in Uniform auftrat (was nicht einmal der Exgeneraleisenhower getan hat) wie ein ordensabhängiger Despot aus einer Bananenrepublik. Selten in seinem Leben sei er, wie er erklärt, so stolz gewesen wie beim US-Baseball-Finale, als er den zerebralen ersten Pitch werfen durfte. Das Foto auf dem Umschlag von „Decision Points“ zeigt Bush in seinem zweiten stolzen Moment: wie er mit seinem Cheerleader-Megafon in den Trümmern der Twin Towers steht, als einer der vielen Rettungsbereiter.

Ein Welpe unter lauter Alphatieren, ein Nichtskönner im Vergleich zu Dad, von der Mutter gedemütigt, wurde der Junior – ein klassischer Fall von Kompensation – zum kleinen Tyrannen: einer, der anderen gern den Hintern versohlt und für seine Stachelien bekannt ist. Ein Boss, der seine Untergebenen beschimpft und für jeden Einzelnen in seiner Umgebung demütigende Spitznamen erfindet. Einer, der ohne jedes Mitgefühl für

das Leid anderer Menschen ist und das Foltern mutmaßlicher Terroristen gutheißt.

Wer könnte vergessen, wie hämisch er sich als Gouverneur von Texas über die zum Tode verurteilte Karla Faye Tucker lustig machte, die sogar der Papst vor dem elektrischen Stuhl bewahren wollte. Oder seinen launigen Auftritt beim Dinner für die Korrespondenten im Weißen Haus im März 2004, als er die vergebliche Suche nach Massenvernichtungswaffen im Irak zum Running Gag machte. Oder wie er, der Mann des Militärs, die Sozialleistungen für Kriegsveteranen gekürzt und nichts gegen die entsetzlichen Zustände in deren Krankenhäusern unternommen hat. Oder dass er das Geld für die öffentliche Gesundheit und Sicherheit radikal zusammengestrichen hat.

### Wie der Goldfisch seiner Schwester sterben musste

Aus dem Buch geht hervor, was Bushs schlimmste Erfahrung während seiner Präsidentschaft war: nicht der 11. September 2001, auch nicht die Tatsache, dass durch seine Kriege Hunderttausende starben oder verstümmelt wurden, oder die Millionen Arbeitslosen. Nein, das Schlimmste war, dass der Rapper Kanye West bei einem Solidaritätskonzert für die Opfer des Hurrikans „Katrina“ erklärte, die Schwarzen seien Bush egal.

Dabei hatte West nur zur Hälfte recht. Bush ist nicht besonders rassistisch. Er hat die hispanischen Einwanderer nie als Horden fürchterender Invasoren dargestellt; Condi war sein Fitnessclub-Kumpel, praktisch seine zweite Ehefrau; er hat Colin Powell bewundert und sich in Militär und Profisport, die in Sachen Integration weiter sind als alle anderen Bereiche der US-Gesellschaft, ganz zu Hause gefühlt. Es ist nicht so, dass ihm die Schwarzen egal gewesen wären. Jenseits seiner Familie waren ihm alle Leute egal. Und von dem evangelikalen Prediger Billy Graham hatte er gelernt, dass „wir die Liebe Gottes nicht durch gute Taten verdienen können“, sondern nur durch die Gnade des Herrn, und von der wusste Bush, dass er ihrer bereits teilhaftig war.

Seit dem 9. November 2010 wurden von „Decision Points“ etwa eineinhalb Millionen Exemplare

verkauft. Konservative Gruppen decken sich bergeweise damit ein. Das Timing war perfekt, weil das Buch das ideale Weihnachtsgeschenk für den republikanisch wählenden Onkel war. Hinzu kommt, dass uns Bush gerade mal zwei Jahre nach seinem Abschied von Washington wie ein ganz verführerlicher Mann vorkommen will – jedenfalls im Vergleich mit den Republikanern, die inzwischen in höhere Ämter gewählt wurden.

Andererseits war Bush kein Christ, der *family values* predigt, sich aber gern von Prostituierten windeln lässt.<sup>8</sup> Auch musste er nie ein Bußgeld von 1,7 Milliarden Dollar (jajawohl, Milliarden) zahlen, weil er die öffentliche Hand betrogen hat.<sup>9</sup> Er ist nicht für die Verbrennung des Korans<sup>10</sup>, und er hält Obama nicht für einen kenianischen Muslim, der mit Terroristen unter einer Decke steckt. Er befürwortet keine militärische Invasion in Mexiko oder einen Verfassungszusatz, der festlegen soll, dass die USA nicht dem islamischen Scharia-Recht unterworfen werden kann. Er fordert weder einen Elektrozaun entlang der Grenze zu Kanada noch die Todesstrafe für Ärzte, die Abtreibungen vornehmen. Er glaubt nicht, dass die Forderung nach Radwegen in größeren Städten Teil eines Komplots der Vereinten Nationen ist, mit dem eine große gemeinsame Weltregierung installiert werden soll.

Die Anhänger von Sarah Palin und der Tea Party, die solche Forderungen aufstellen, verschaffen den Republikanern viel Publicity, aber die Macht haben immer noch die altmodischen Neokonservativen. Und deren Präsidentschaftskandidat könnte Ende nächsten Jahres sogar der äußerste geduldige Job Bush sein – als der vielleicht letzte Republikaner, der über eine langweilige konservative Seriosität und über einen landesweit bekannten Namen verfügt.

Trotz der eindrucksvollen Verkaufszahlen werden nicht viele Menschen die „Autobiografie“ des George W. Bush lesen, von durchlesen ganz zu schweigen. Wer es schafft, wird immerhin drei Enthüllungen finden (abgesehen von dem Fötus im Einmachglas). Erstens: Junior hat den Goldfisch seiner Schwester Doro getötet, indem er Wodka ins Goldfischglas schüttete. Zweitens: Er entschloss sich, als Präsidentschaftskandidat anzutreten, nachdem er eine Predigt über Moses ge-

hört hatte, der die Kinder Israels aus Ägypten führte. Drittens: Weil er gern früh zu Bett geht, jammerte George W. Bush am 11. September 2001 um zehn Uhr abends, dass er jetzt schlafen müsse. Und er glaubt, dass dieses Buch seinen Lesern „von Nutzen sein wird, wenn sie vor wichtigen Entscheidungen in ihrem Leben stehen“.

<sup>1</sup> Foucaults Vortrag von 1969 (Originaltitel: „Qu'est-ce qu'un auteur?“) liegt in zwei deutschen Ausgaben vor: Michel Foucault, „Schriften zur Literatur“, hg. von Daniel Defert und François Ewald, Frankfurt am Main (Suhrkamp) 2003; sowie: „Texte zur Theorie der Autorschaft“, hg. und kommentiert von Fotis Jannidis, Gerhard Lauer, Matias Martínez und Simone Winko, Stuttgart (Reclam) 2000.

<sup>2</sup> „Der Angriff: Plan of Attack“ (2004) und „Bush at War: Amerika im Krieg“ (2003), beide DVA/Spiegel (München/Hamburg).  
<sup>3</sup> Scooter Libby wurde wegen Meineids verurteilt. Er hatte Falsch- aussagen über seine Rolle in der Valerie Plume-Affäre gemacht, in der er die Identität eines CIA-Agenten verraten hatte.

<sup>4</sup> Anspielung auf „A beautiful mind“, den Hollywoodfilm über das Leben des Mathematiknobelpreisträgers John Forbes Nash.

<sup>5</sup> Diese Vereinigung setzt sich, ähnlich wie in Deutschland „Pro familia“, für das Recht auf „sichere Abtreibung“ ein, siehe www.plannedparenthood.org.

<sup>6</sup> Dem deutschen Bundeskanzler wirft Bush vor, er habe die bei seinem ersten Besuch in Washington gegebene Zusage zur Unterstützung des Irakkriegs nicht eingehalten. Schröder hat darauf öffentlich entgegnet, dass der Expräsident „nicht die Wahrheit sagt“. Die deutsche Zusage sei nur unter der Prämisse erfolgt, dass sich der Irak – wie Afghanistan – als „Schutzraum und Zufluchtsort für Al-Qaida-Kämpfer“ herausstelle. Siehe: www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,728205,00.html.

<sup>7</sup> Barbara Bush, „Gedächtnisse dunkeln eben ein bisschen nach“, zitiert nach Washington Post vom 23. November 2010.

<sup>8</sup> Gemeint ist der republikanische Senator von Louisiana, David Vitter, der 2007 als Kunde eines Prostituierten-Service identifiziert und 2010 wiedergewählt wurde.

<sup>9</sup> Gemeint ist der 2010 zum Gouverneur von Florida gewählte Republikaner Rick Scott, der in den 1990er Jahren als Chef eines Krankenhausbetreibers die staatliche Medicare um einige Milliarden Dollar betrogen hatte.

<sup>10</sup> Gemeint ist Tony Jones, Pastor einer Gemeinde in Florida, der am 11. September 2010 nach einem „Prozess“ gegen den Koran die heilige Schrift der Muslime verbrennen lassen wollte.

**Aus dem Englischen von Niels Kadritzke**

Eliot Weinberger ist Schriftsteller und Übersetzer. Auf Deutsch erschien zuletzt sein Essayband „Das Wesentliche“, Berlin (Berlin Verlag) 2008.

© London Review of Books, für die deutsche Übersetzung Le Monde diplomatique, Berlin



Jessica Backhaus, Green Kitchen, 2003, C-Print, 56 x 42,3 cm